

Preis DM 0 50
POSTABONNEMENTS
BRD DM 8 40 Jahr
Ausland DM 10 - Jahr
Schweiz sfr 10 - Jahr
Österreich s 80 - Jahr

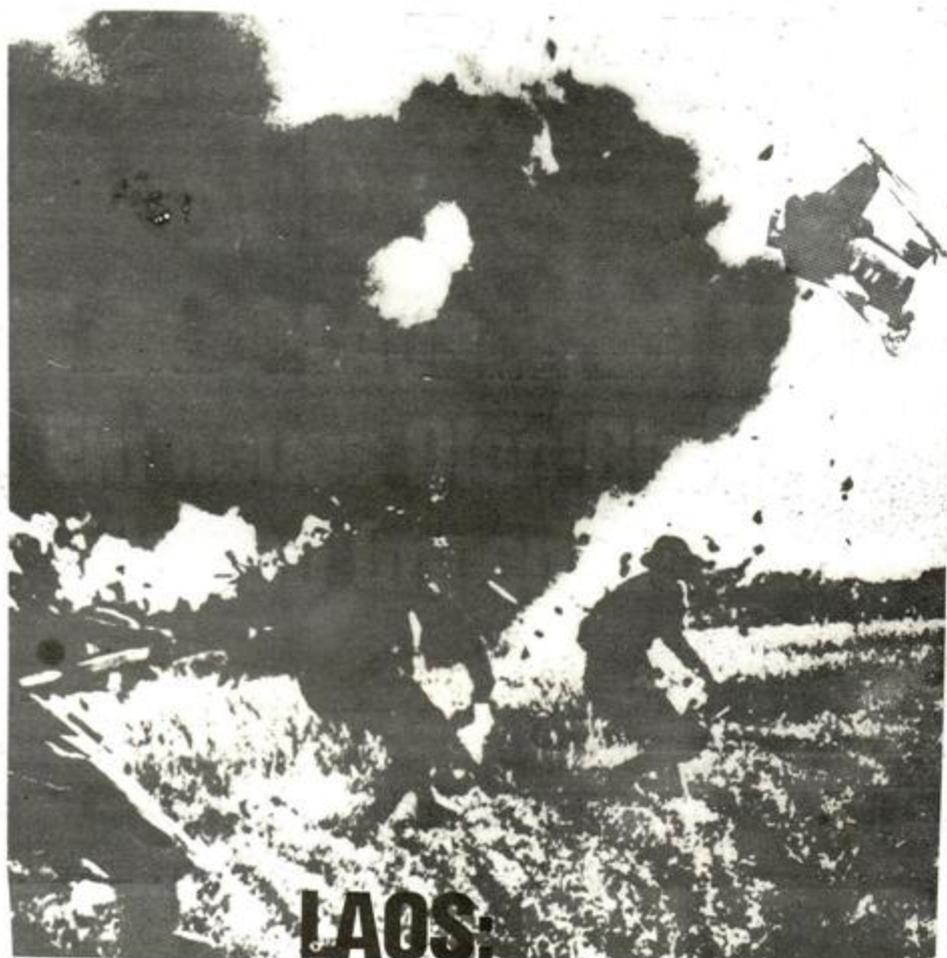
Jahrgang IV Nr. 3 MÄRZ 1971

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH

was tun

INHALT

LAOS	S. 2
AKTION NULLTARIF	S. 3
Der Angriff auf die Jungsozialisten gilt den Reformen I	S. 4
Schuhindustrie: Kampf gegen Massenentlassungen	S. 6
ZUM JUGENDTAG DER IG - METALL	S. 8
Pierre Frank: LEHREN DER PARISER COMMUNE	S. 11
Ford kann zahlen II	S. 12
KLASSENKAMPF IN WEST - -BENGALEN	S. 14
Urteilspruch im Prager "Trotzkistenprozeß"	S. 16



LAOS:

Ein neues Dien-Bien-Phu für den Imperialismus



Herausgeber:
Revolutionär - Kommunistische Jugend (RKJ)
Gruppe Internationale Marxisten (GIM),
deutsche Sektion der IV. Internationale

Anschrift: WAS TUN - 68 Mannheim 1, Hafenstraße 46
Konto: S. Kreischer, PSchA Ludwigshafen Kr. Nr. 10 35 33
Druck: Eigendruck im Selbstverlag
Verantwortlich für den Inhalt: Bernd Kübler, 68 Mannheim

LAOS: Ein neues Dien-Bien-Phu

für den Imperialismus

Der Einfall der südvietnamesischen Truppen nach Laos wurde für sie zur Katastrophe. Der Vorstoß in Richtung auf Chepone wurde bald gestoppt. Auch die verstärkte amerikanische Unterstützung, die den Amerikanern schließlich sehr viel mehr kostete, als sie ursprünglich gerechnet hatten (an Material und an Menschen), konnte die "Ranger" des südvietnamesischen Marionettenregimes nicht davor retten, eingekreist, aufgelöst und teilweise vernichtet zu werden.

Überdies hat sich die Operation als völlig unwirksam erwiesen, wenn ihr Ziel gewesen war, wie man erklärt hatte, die Versorgungslinien der südvietnamesischen Revolutionäre abzuschneiden. Diese Versorgung ist nie verhindert worden, und die Amerikaner selbst mußten beobachten, daß der Verkehr auf dem "Ho-Tschi-Minh-Pfad" sogar zunahm. Denn dieser "Pfad" ist keine Autobahn, die man leicht zumachen kann, sondern ein Durchgangsgebiet von teilweise 100 km Breite, wo der Transport ohne Umstände auf dem westlichen Teil verlaufen kann, wenn man auf dem östlichen gestört wird.

So beherrschen die Kommunisten unangefochten das Terrain, so wie schon vorher in Kambodscha. Diese Siege der Revolutionäre machen deutlich, welche Seite schon das Übergewicht hatte und welche der beiden Seiten in der Lage war, Frieden zu schließen. Washington wollte keine Verhandlungen. Nixon wollte Indochina vietnamisieren. So hat er den Frieden verloren, so wird er jetzt den Krieg verlieren.

Überall sind die revolutionären Kräfte in der Offensive. Immer mehr geraten die südvietnamesischen Armeen in ihren Griff, und die amerikanische Armee ist für sie eher Rettungsanker als Hilfsinstrument. Aber die US-Armee in Vietnam ist längst nicht mehr der starke Arm, der das Marionettenregime sicher beschützen kann. Desertionen an der südvietnamesischen Front häufen sich immer mehr, Befehlsverweigerungen und Erschießungen unbeliebter Offiziere durch die Mannschaften sind an der Tagesordnung. Die Infanterie kämpft praktisch nicht mehr und erstmals griff bei der Laos-Invasion die Welle der Befehlsverweigerungen auch auf die bisher "stabile" Luftwaffe über. US-Offiziere fürchten teilweise ihre eigenen Mannschaften mehr als den Vietcong und weigern sich, an die Truppe Waffen auszugeben.

Gleichgültig, ob die USA in Laos in eine Falle gegangen sind, die jetzt zugeschnappt hat, oder ob sie das Kräfteverhältnis tatsächlich so maßlos falsch zu ihren gunsten eingeschätzt haben: Das Ausmaß ihrer Niederlage in Laos erinnert an Dien-Bien-Phu, jene Schlacht, die das Schicksal der Franzosen als Kolonialmacht in Indochina besiegelte.

Das Ziel dieses Kriegs wurde von General Thieu klar ausgesprochen: "Wir müssen fortfahren, die Kommunisten auszurotten, damit der Krieg abgekürzt wird. Die Unbeugsamkeit der Kommunisten läßt uns keine andere Wahl." Nach der Niederlage der Truppen Thieus in Laos kann man mit einer neuen Offensive der südvietnamesischen Revolutionäre und mit dem Zusammenbruch des gegenwärtigen politischen Regimes in Saigon rechnen. Wird Ky mit Unterstützung des Generals Minh und seiner Anhänger den Präsidentenposten anstreben? Die Offensive der Revolutionäre, die auch der letzte Eskalierungsversuch der Amerikaner nicht aufhalten konnte, machen dies unwahrscheinlich. Sie wird eher das jetzige Marionettenregime zum Sturz bringen und möglicherweise zu einer Koalitionsregierung führen. Natürlich kann Nixon eine

solche Lösung nicht akzeptieren, aber welche Alternative hat er, nachdem das Ziel seiner "Vietnamisierung", das gegenseitige Massaker der indochinesischen Völker zu organisieren, Schiffbruch erlitten hat?

Die Solidarität der indochinesischen Revolutionäre hat eine neue Dimension gewonnen. Eine einheitliche strategische Leitung koordiniert die Operationen einer allgemeinen Gegenoffensive. Auf der anderen Seite ist es für die Amerikaner unmöglich, in Laos und Kambodscha wieder eigene Bodentruppen in den Kampf zu werfen. Das Pentagon kann höchstens seine Luftangriffe gegen Nord-Vietnam verstärken. Das tut er zur Zeit schrittweise und entdeckt dabei die Wirksamkeit der nordvietnamesischen Luftabwehr.

Nicht nur die indochinesische Solidarität, sondern auch die der Arbeiterstaaten gewinnt trotz der Rivalität zwischen den Bürokraten Moskaus und Pekings wieder Gestalt. Die Indochinesen haben mit ihrem unnachgiebigen Kampf das sozialistische Lager gezwungen, entschlossener Hilfe und stärkerer Unterstützung zu leisten. Weder China noch die Sowjetunion konnten diese Unterstützung jemals offen aufkündigen, wollten sie nicht ihr ganzes Ansehen in Asien und der ganzen Welt ruinieren. Die sowjetische Hilfe, die sich wieder etwas verstärkt hat, konnte in letzter Zeit wieder durch China geleitet werden, die konterrevolutionäre Sabotage dieser Transporte durch die chinesische Bürokratie scheint damit beendet. Die vietnamesische Revolution wird über die innerbürokratischen Streitigkeiten hinweg die notwendige Einheit für die Verteidigung, Verstärkung und Fortführung der indochinesischen Revolution durchsetzen!

Die etwas deutlichere Demonstration seiner Solidarität mit Nordvietnam, die China zuletzt durch den Besuch von Tschu-En-lai in Hanoi zeigte, hat ihre Wirkung auf die südvietnamesischen Marionetten und ihren amerikanischen Schirmherren nicht verfehlt. Welche Opfer hätte man dem vietnamesischen Volk ersparen, welchen Impuls der ganzen Kolonialrevolution geben können, wenn eine Einheitsfront China-UdSSR von vornherein dem US-Imperialismus deutlich gemacht hätte, wo seine Grenzen liegen, die er nicht überschreiten darf - wie es die Vierte Internationale ständig gefordert hat!

Auf einer Massenversammlung in Paris, die von der "Ligue Communiste", der französischen Sektion der IV. Internationale veranstaltet worden war, haben Vertreter der "Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams", der Vereinigten Nationalen Front von Kambodscha und des Studentenbundes von Laos Ansprachen gehalten. Das beweist, das der aktive anti-imperialistische Kampf der trotzkistischen Bewegung von den revolutionären Organisationen Indochinas nicht länger "übersehen" wird. Es unterstreicht, daß die Vierte Internationale in der internationalen kommunistischen Bewegung einen festen Platz einnimmt.

FÜR DEN SIEG DER SOZIALISTISCHEN
REVOLUTION IN INDOCHINA !

EINHEITSFRENT DER ARBEITERSTAATEN,
AKTIONSEINHEIT ALLER REVOLUTIONÄRE
ZUR VERTEIDIGUNG DER VIETNAMEISCHEN
REVOLUTION !

AKTION NULLTARIF

LEHREN VON HANNOVER UND HEIDELBERG

Zweifellos stellt der Kampf gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife einen wichtigen Punkt in der Entwicklung der revolutionären Linken in der Bundesrepublik dar. Was die Heidelberger und Hannoveraner Ereignisse so bedeutend machte, war weniger die Tatsache, daß es der Linken gelang, durch ihre Aktionen eine Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen zu erzwingen, von größerer Bedeutung ist das weite Echo, das ihre Forderungen innerhalb der werktätigen Bevölkerung fand, und die breite Solidarisierung, die sie mit diesen Aktionen erreichte, ein Ausmaß an Solidarisierung, das sogar zur Folge hatte, daß sich die Gewerkschaftsbürokratie mindestens teilweise mit der Aktion solidarisieren mußte. Wo sie das nicht tat, mußte sie sich eine massive Kritik von der Basis gefallen lassen. Die Aktionen wurden dadurch - wenn auch nur in sehr eingeschränktem Maße - zu einem Moment des Differenzierungsprozesses innerhalb der Gewerkschaft gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie. Die Haltung von Arbeitern gegenüber der "radikalen Linken" konnte partiell verändert werden. Daß die Kritik der Arbeiter an der Bürokratie nicht nur verbal bleibt, kann jedoch nur eine revolutionäre Organisation mit starken Wurzeln in den Betrieben erreichen. So, konnte man in der Selbstkritik des Heidelberger SDS unter anderem lesen, man habe den Bereich der Betriebe ausgespart, man müsse sich, wenn man die Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" durchsetzen wolle, in den Betrieben organisieren, um einen erneuten Versuch, die Fahrpreise in die Höhe zu schrauben, mit einem Streik beantworten zu können.

Was damals nicht kritisiert wurde, ist die Tatsache, daß man es verstümmte, Forderungen zu entwickeln, die der mehr als einmal analysierten Tatsache Reibung trugen, nämlich daß Fahrpreiserhöhungen in Zusammenhang mit Preiserhöhungen überhaupt zu sehen sind.

Solche Forderungen zu entwickeln und zu propagieren ist heute noch notwendiger als damals, da eine Fahrpreiserhöhung heute nicht wie 1969 als einzelne provokative Maßnahme erscheinen muß, sondern in einer Welle allgemeiner Preissteigerungen mitzuschwimmen versucht.

Die RKJ sieht daher die Notwendigkeit, daß sich die arbeitende Bevölkerung über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen zu einem allgemeinen Kampf gegen die Preissteigerungen zusammenschließt. Deshalb stellt die RKJ Forderungen, die dem Rechnung tragen und geeignet sind, den Kampf über die Abwehr der Fahrpreiserhöhungen hinaus weiterzutragen.

PAROLEN:

1. Fahrpreiserhöhungen sind Preiserhöhungen, gegen die man sich wehren kann!

Im selben Rahmen wie die Strom-, Gas- und Müllabfuerverteuerungen soll die Fahrpreiserhöhung mit dazu dienen, das Defizit im Stadtbüchel von in Mannheim ca. 25 MioDM auszugleichen. Die Bevölkerung hat über den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung die Möglichkeit, sich zum Kampf gegen die allgemeine Erhöhung der administrativen Preise zusammenschließen.

2. Fahrpreiserhöhung bedeutet Lohnkürzung

Die Mehrheit der Bevölkerung benötigt die Straßenbahn in erster Linie als Transportmittel zum Arbeitsplatz und zurück. Sie ist somit mittelbarer Bestandteil der Produktionskosten. Ferner stellt die benötigte Anfahrzeit unbezahlte Arbeitszeit dar, sie wird nicht vom Unternehmer ersetzt. Fahrtkosten bedeuten für Arbeiter und Angestellte eine indirekte Einkommenskürzung. Werden die Fahrpreise erhöht, bedeutet dies einen zusätzlichen Lohn- bzw. Gehaltsabzug.

3. Zahlt die Fahrpreise aus den Unternehmergewinnen!

Durch die Nahverkehrsmittel wird den Unternehmern ein reibungsloser Transport der Arbeitskräfte zum Arbeitsplatz

gesichert. Die Anfahrzeit bedeutet für den Lohnabhängigen zugleich unbezahlte Arbeitszeit und verlorene Freizeit. Um für den Kapitalisten arbeiten zu können, muß der Lohnabhängige obendrein noch die Fahrtkosten zahlen. Deshalb sollen die Kosten für die Nahverkehrsmittel vom Unternehmer getragen werden.

4. Kostenlose Fahrt mit der Straßenbahn: NULLTARIF

Die Erhöhung trifft den ärmsten Teil der Bevölkerung mit doppelter Härte. Sie stellt eine direkte Verteuerung der Lebenshaltungskosten dar. Die Forderung nach Nulltarif muß zum Ausgangspunkt für die Forderung einer ganzen Reihe "freier Waren" werden. Die Entwicklung der Produktivkräfte im Spätkapitalismus ermöglicht schon längst "freie Waren" auf vielen Sektoren. Die Irrationalität des kapitalistischen Profitwirtschaft kann daran exemplarisch demonstriert werden, das Bewußtsein zur Überwindung dieses Systems gestärkt werden.

5. Die Forderung nach der gleitenden Lohnskala

Um festzustellen, ob die Kapitalisten die Vergütung der Fahrpreise nicht auf die Preise ihrer Produkte hinzuschlagen, sind Arbeiter- und Verbraucherkommissionen zur Kontrolle des Einzelhandelsindex nötig. Diese Kommissionen stellen die prozentuale Erhöhung der Lebenshaltungskosten an der Steigerung eines unverfälschten Einzelhandelsindex fest, woran sich Löhne und Gehälter zusätzlich zu den zu erkämpfenden Tariferhöhungen - automatisch angleichen. Die gleitende Lohnskala soll erreichen, daß der in Lohnkämpfen errungene Stand nicht durch Preissteigerungen wieder an die Kapitalisten verlorengeht. Sie ist ein Ansatz in Richtung Arbeiterkontrolle über die Produktion. (Mit der Arbeiterkontrolle stellt sich die Machtfrage zwischen Proletariat und Bourgeoisie, weil sie zu einer "Doppelherrschaft" führt, die vom Kapitalismus weder integriert noch verdaut werden kann.)

AKTIONSTRÄGER UND AKTIONSPOTENTIAL

War es in Heidelberg und Hannover die APO, die die Rolle einer Vorhut im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen übernahm, so sind es heute die verschiedenen revolutionären Organisationen, denen diese Aufgabe zufällt.

Um jedoch den Kampf gegen die Erhöhung der Fahrpreise erfolgreich in Angriff nehmen zu können, ist es notwendig, daß sich möglichst viele Organisationen zu einem Aktionsbündnis zusammenschließen. Es ist Selbstbetrug, wenn eine Organisation oder Tendenz meint, einen solchen Kampf allein vorbereiten zu können, was die ML-Gruppen immer noch nicht begriffen zu haben scheinen, wie die Vorgänge in Mannheim zeigen. Sie glauben offenbar, auf ein Bündnis mit anderen Organisationen, die nicht bereit sind, ihre "Generallinie" und ihren politischen Führungsanspruch anzuerkennen, verzichten zu können. In Wirklichkeit aber schwächen sie dadurch die Aktion in unverantwortlicher Weise. Ferner scheinen sie die Bedeutung der radikalisierten Jugend als möglichem Initialzündler für eine Massenkampfung zu unterschätzen.

Die RKJ ist zur Zeit die einzige revolutionäre Organisation, die in diesem Bereich in breitem Maße zum Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung mobilisiert. Auf ihre Initiative hin entstanden an den meisten Mannheimer Schulen sowie an den Fachhochschulen Aktionskomitees, die geeignet sind, das dort vorhandene Aktionspotential mobilisieren zu können. Ein erfolgreiches Gelingen der Aktion ist jedoch erst dann möglich, wenn erreicht wird, die Massen hierfür zu gewinnen. Hierbei ist die Haltung der Gewerkschaften von ausschlaggebender Bedeutung. Es ist daher unverantwortlich, wie die ML-Gruppen es tun, eine Zusammenarbeit mit ihnen ultimativ zu verweigern, wenn diese sich einmal dazu bereit erklärt haben.

DER ANGRIFF AUF DIE JUNGSOZIALISTEN

Daß die deutschen Städte bankrott sind, hat Münchens Oberbürgermeister Dr. Jochen VOGEL selbst laut verkündet:

Mietwucher, Wohnungsnot, Verkehrschaos, fehlende kommunale Einrichtungen - vom Kindergarten bis zum Krankenhaus, vom Jugendzentrum bis zum Altersheim.

Die Jungsozialisten haben lediglich ausgesprochen, was die URSACHEN des Elends der Städte sind:

Das herrschende Bodenrecht gibt wenigen Eigentümern von großen Bauflächen die Möglichkeit, auf Kosten der Gesellschaft Millionenprofite zu machen.

In den Ballungsgebieten der Städte wächst der Wert des Bodens durch Investitionen der Gemeinden.

Dieser Wertzuwachs fließt aber in die Taschen der Bodenbesitzer. Die "Jusos" haben gefordert, daß der durch die Gemeinde erbrachte Wertzuwachs des Bodens kommunalisiert wird.

Die Kosten für die Versorgungseinrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel usw., die es den Unternehmern überhaupt erst ermöglichen, Gewinne zu machen, werden von den Gemeinden getragen.

Die privatwirtschaftlichen Investitionen führen zu privaten Gewinnen. Die gesellschaftlichen Kosten, die durch diese Investitionen entstehen, müssen deshalb den Unternehmern angelastet werden!

Heute dürfen die Kommunen nur die UNRENTABLEN EINRICHTUNGEN betreiben. Sie schaffen mit öffentlichen Geldern die Voraussetzungen für die Gewinne der Unternehmer - aber diese Gewinne stecken die Unternehmer natürlich selbst ein.

Sogar OB Vogel hat unter dem Druck der kommunalen Misere die tiefe Erkenntnis gehabt: "Es ist an der Zeit, das System in seine Schranken zu weisen und schrittweise zurückzudrängen."

Die Jusos wollten es nicht bei dieser Erkenntnis belassen. Sie wollten, daß man nicht nur - wie Vogel - über diese Zustände jammert, sondern das endlich etwas geschieht. Genau in diesem Augenblick wurden alle Hunde der Hölle gegen sie losgelassen:

Über den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff v. Amerongen, über die CSU und Franz-Josef Strauß, bis zur Springer-Presse (die BILD-Zeitung opferte an einem einzigen Tag drei kostbare Seiten, um Vogel gegen die Jungsozialisten zu "verteidigen") entstand eine Einheitsfront, die bis zu der rechten Gruppe LEBER, MÖLLER, SCHMIDT und SCHILLER in der SPD-Spitze reicht.

Nun konnte die große Hatz auf die Jusos beginnen!

War aber wirklich das kleine Häuflein der aktiven Jungsozialisten so viel Aufwand wert?

Ist es denkbar, daß sich das deutsche Unternehmertum und seine treuen Diener tatsächlich durch die Jusos so bedroht fühlen?

Das kann doch wohl im Ernst niemand glauben, der die wirklichen Machtverhältnisse in der BRD kennt!

WAS IST DAS WIRKLICHE ANGRIFFSZZIEL ?

DER ANGRIFF GILT DEN VON DER REGIERUNG BRANDT IMMER WIEDER VERKÜNDETEN, BISHER JEDOCH NIE VERWIRKLICHTEN REFORMEN !

Die Unternehmer wollen hierdurch zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen:

1. soll das "dumme Gerede" von der Erhöhung der Steuern für hohe Einkommen und der Erbschaftsteuer aufhören. Sie wollen ganz klar machen, daß sie nicht bereit sind, für die Reformen auch nur einen roten Heller zu zahlen.

2. kann man, -wenn man die Reformen verhindert -, sicher sein, daß die SPD die Wahlen von 1973 als Regierungspartei nicht überlebt, und dann wieder die "altbewährte" CDU die Zügel übernimmt.

Es war bezeichnend, daß der Vertreter der deutschen Unternehmer Wolff v. Amerongen dem Bundeskanzler genau vorschrieb, was er von ihm erwartet, und Willy Brandt einen Tag später mit der "Kapitulationsurkunde" in der Hand vor der Hauptversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages antanzen mußte!

Im "Handelsblatt" (26./27. Februar) konnte man lesen: "Die Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages hat sich nicht nur mit der neuen Konjunktursituation zu befassen, sondern auch grundsätzliche ordnungspolitische Überlegungen anzustellen, die die finanz- und gesellschaftspolitischen Ungewissheiten der Zukunft betreffen. Der Pessimismus der Unternehmer ist nicht länger zu übersehen."

Auf diese Einleitung folgt ein Interview mit Wolff von Amerongen, der erklärt:

"Die Handlungs- und Risikobereitschaft der Unternehmer wird entscheidend beeinflusst von ihrem Vertrauen zur Regierung, ihrer konjunkturpolitischen Reaktionsfähigkeit und der längerfristigen Transparenz ihrer Ordnungs- und Gesellschaftspolitik."

Wovon das Vertrauen der Unternehmer zur Regierung abhängt, macht er dann überdeutlich:

"Manche Politiker deuten bei den verschiedensten Gelegenheiten an, die Finanzierung der Reformen könne nur durch eine Erhöhung der Steuerprogression (also durch stärkere Besteuerung der Reichen!), radikale Erbschaftssteuern unter anderem ermöglicht werden. Das sind Tricks, das ist demagogische Scharlatanerie. Und schon kommen Ideen über 'systemüberwindende Veränderungen'. Welches System mag damit wohl gemeint sein? Doch wohl die Marktwirtschaft und das freie Unternehmertum! Manche Ankündigungen, auch steuerlicher Art, würden vom Unternehmertum gelassener hingenommen, wenn nicht von Gruppen, die behaupten, der Regierung näher zu stehen (ein Wink mit dem Zaunpfahl auf die Jusos!) verkündet würde, dies seien nur erste taktische Schritte zu wesentlich weitergehenden Veränderungen. Solche Äußerungen verbreiten Unsicherheit. Hier müssen die Parteien Klarheit schaffen, auch gegenüber nicht ganz willkommenen Anhängern."

MAN MUß SICH DAS EINMAL VOR AUGEN HALTEN:

Die Unternehmerschaft droht der Bundesregierung, ihr Clan würde nicht mehr investieren, wenn sich die Regierungspartei nicht von Anhängern trennt, die den Unternehmern nicht genehm sind!

Und einen Tag darauf erscheint dann der Bundeskanzler vor diesem erlauchten Gremium und "wirbt um Vertrauen bei den Vertretern der Wirtschaft"...

DIE WAHREN MACHTVERHÄLTNISSSE IN DER BUNDESREPUBLIK KÖNNEN WOHL KAUM BESSER DOKUMENTIERT WERDEN ALS DURCH DIESEN VORGANG.

Der Unternehmer-Boss hat aber nicht nur bestimmt, wer der SPD willkommen sein darf und wer nicht, er hat auch ganz klar gesagt, daß die "Reform-Blutentwürme" der Regierung in der Kälte des marktwirtschaftlichen Systems nicht gedeihen werden.

Wolff v. Amerongen rechnet vor:

Der Bildungsbericht der Bundesregierung sieht Investitionen von 100 Milliarden DM für einen Zeitraum von 10

GILT DEN REFORMEN !

Jahren vor. Genau so hoch ist die globale Summe für ein Sofortprogramm für den Umweltschutz in derselben Zeit. Für das Straßenbauprogramm werden für dies Jahrzehnt 150 Milliarden benötigt.

"Von diesen 350 Milliarden für die nächsten 10 Jahre muß, da bin ich ganz sicher, vieles gestrichen werden. Das ergibt sich keineswegs nur aus der akuten Haushaltslage. Das war von Anfang an zu erkennen."

Das also ist des Pudels Kern :
**NICHT DIE JUSOS SIND HAUPTANGRIFFS ZIEL,
SONDERN DIE REFORMEN !**

Dabei genügt ein einfaches Rechenbeispiel, um zu zeigen, welch ein lumpiger Betrag diese 350 Milliarden sind, wenn man sie ins Verhältnis zum steigenden Sozialprodukt setzt.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich das Brutto-sozialprodukt mehr als verdoppelt. Nimmt man an, daß es in den kommenden zehn Jahren entsprechend steigt, dann wird es 1980 rund 1.300 Milliarden betragen. Für den Zeitraum von 1970 bis 1980 kann man einen Jahresdurchschnitt von 900 Milliarden erwarten. Das sind insgesamt in dem Jahrzehnt 9.000 Milliarden. Hiervon 350 Milliarden für Reformen sind noch nicht einmal ganze 3 % !

- Glaubt die SPD wirklich, sie kann sich hinter dem "Godesberger Programm" verschanzen, wenn die Unternehmer selbst diese geringen Reformen sabotieren ?
- Glaubt die SPD wirklich, die Wohnungslosen in den Städten, die Arbeiter, die durch den Mietwucher ständig von ihrem Einkommen "enteignet" werden, werden die "Heiligkeit des Profits" über ihr Bedürfnis nach menschenwürdigen und finanziell tragbaren Wohnungen stellen ?
- Glaubt die SPD wirklich, daß die Jugend in ihren Forderungen nach einer Berufsausbildung, die ihren Bedürfnissen entspricht, warten wird, bis Herr Wolff von Amerongen der Regierung gnädig erlaubt, die entsprechenden Reformen zu bezahlen ?
- Will die SPD den Vorsorgeschutz für die Gesundheit aufgeben, das Klassenkrankenhaus weiterbestehen lassen, die flexible Altersgrenze zurückstecken, obwohl schon jetzt mehr als die Hälfte aller Arbeiter vor dem 65. Lebensjahr Rente beantragen müssen, weil sie von der intensiven Arbeit ausgelaugt und krank sind ?
- Will die SPD auch in den kommenden 10 Jahren die Bekämpfung der Luft- und Wasserverschmutzung, die lebensgefährlich sind, zurückstellen, weil die Industrie es nicht bezahlen will ?

In seiner traditionellen Aschermittwochrede in Vilshofen hat Franz-Josef Strauß die Bundesregierung den "Spuk von Bonn" genannt und erklärt:

"Es besteht die Gefahr, daß ein Regierungswechsel in Bonn auf einwandfreiem demokratischem Wege wegen der Aufhetzung von gewisser Seite schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht wird."

Diese dunkle Drohung mit dem Staatsstreich (der natürlich hier den anderen in die Schuhe geschoben wird) ist weitaus ernster als es der NPD-Spuk jemals war. Strauß ist der Führer der CSU, und er bestimmt heute weitgehend die Politik der gesamten Union.

Es ist kein Zufall, daß im gleichen Augenblick, in dem der Angriff gegen die Jusos gestartet wurde, auch innerhalb der hessischen CDU der Machtkampf der Gruppe "Adel und Banken" begann. Auch innerhalb der CDU sollen jene Kräfte zurückgedrängt werden, die soziale Ansprüche erheben. Die Interessen des Kapitals sollen als die Interessen

der Nation anerkannt werden. Das Volk, das sind die Unternehmer, -und die Volksparteien CDU und SPD sollen ihren Interessen gefügig sein. Solange das durch demokratische "Diskussion", durch die Drohung mit dem Investitionsstreik möglich ist, geschieht es in "demokratischem" Rahmen. Sollte dieser Rahmen zu eng werden, dann kann man auf Strauß mit seiner Staatsstreichdrohung zurückgreifen, auf den Starken Mann, der den Starken Staat verspricht

DIE AUFGABE DER GEWERKSCHAFTEN

Die einzige Kraft, die diesem von den Unternehmern betriebenen Planspiel ein Ende bereiten könnte, ist die organisierte Macht der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaft darf nicht dazu schweigen, wenn die "Reformpolitik" dieser Bundesregierung vom Präsidenten des Industrie- und Handelstages bestimmt wird !

Die Gewerkschaft kann sich nicht darauf beschränken, für höhere Löhne zu sorgen, wenn diese Löhne

- durch Mietwucher
- durch Erhöhung der öffentlichen Tarife
- durch Preistreiberei

"entschädigungslos enteignet" werden.

Die Gewerkschaft kann sich nicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit beschränken,

- wenn diese durch das Verkehrschaos in den Städten beträchtlich verlängert wird
- wenn durch die ständig steigende Arbeitsintensität die Gesundheit vor Erreichen der Altersgrenze schon ruiniert ist.

Die Gewerkschaft darf es nicht hinnehmen, daß

- die Reform der Bildung und Ausbildung
- der Bau von Kindergärten
- die Verbesserung des Gesundheitswesens einfach auf Eis gelegt werden;
- die flexible Altersgrenze verwässert wird;
- ein Betriebsverfassungsgesetz verabschiedet wird, das die Gewerkschaften vor die Fabrik-tore setzt.

Wenn die politischen Parteien versagen, entbindet dies nicht die Gewerkschaft von ihrer Verantwortung für die mehr als 80% des Volkes, die unselbständig Beschäftigte und Rentner sind.

Der außerordentliche DGB-Kongreß in Düsseldorf am 14.-15. Mai 1971 darf sich nicht nur mit den toten Buchstaben der Statuten, sondern muß sich mit den wirklichen Bedürfnissen der arbeitenden Menschen befassen:

**MIT DEN REFORMEN -
UND WER SIE BEZAHLEN SOLL !**

INPREKORR

INTERNATIONALE PRESSE - KORRESPONDENZ
der Vierten Internationale

erscheint monatlich

Einzelpreis DM 0.50

Jahres-Abo DM 8.40

SOEBEN ERSCHIENEN: Heft Nr. 1

März 1971

Bestellungen an:

Ingo Speidel, 7 Stuttgart 60
Wallmerstraße 45

Konto: S. Kreisler, PSchA Ludwigshafen, Kto-Nr. 10 35 33

Kampf gegen Massenentlassungen

Die INTERVENTION DER RKJ - SPEYER BEI ROWO - SALAMANDER

DIE LAGE AUF DEM EUROPÄISCHEN SCHUHMARKT

Die bundesrepublikanischen Schuhfabrikanten sind in starke Bedrängnis geraten. Der Grund dafür liegt in dem verstärkten Engagement ausländischer, vor allem italienischer Schuhfirmen auf dem deutschen Markt. Die Bedrängnis ist deshalb besonders groß, weil die ausländische Konkurrenz ihre Waren zu wesentlich billigeren Preisen anbietet. Nicht etwa, weil sich die ausländischen Unternehmer mit kleineren Profiten zufrieden geben, sondern weil in ihren Ländern der Ausbeutungsgrad der Arbeiter in der Schuhindustrie noch höher liegt als in der BRD. Dabei liegt der Ecklohn der deutschen Schuhtarbeiter schon weit unter dem ihrer Kollegen in andern Industriebranchen. Der ausländische Preisdruck hat in der westdeutschen Schuhindustrie zu wesentlichen Strukturveränderungen geführt. Da die Schuhindustriellen auf keinen Fall eine Reduzierung ihrer Profite durch Preissenkungen in Kauf nehmen wollen, schließen sie entweder ihre Betriebe, um das Kapital in profitträchtigeren Industriezweigen zu pumpen, oder sie verlagern die Produktion an Orte, wo durch niedrigere Lohnkosten Preissenkungen bei mindestens gleichbleibender oder gar steigender Profitrate möglich werden.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN IN DER WESTDEUTSCHEN SCHUHINDUSTRIE

Die Besitzer vieler kleiner und mittlerer Schuhfabriken haben den erstgenannten Weg eingeschlagen, sie haben ihre Betriebe geschlossen und die Arbeiter auf die Straße gesetzt. Allein in den letzten Monaten wurden die Ada-Ada-Betriebe in Frankfurt (400 Beschäftigte) und Hörbach bei Aschaffenburg (103 Beschäftigte), die Betriebe Roland in Wermelskirchen und Mayer&Sohn in Offenbach geschlossen. Weitere Kleinbetriebe reduzieren ständig ihre Belegschaft, wobei sie bei Entlassungen immer unter der Zahl 50 bleiben, um die dann fälligen Abfindungssummen nicht bezahlen zu müssen.

Die Großbetriebe in der Schuhindustrie, allen voran der größte Schuhproduzent Europas, die Salamander AG in Kornwestheim (16 000 Beschäftigte), gehen den zweitgenannten Weg. Salamander hat angekündigt, "den arbeitsintensiven Teil der Produktion", also den Teil, der aufgrund seiner Fertigungsstruktur eine hohe Anzahl von Arbeitskräften erfordert, ins europäische Ausland zu verlegen. Man spricht in diesem Zusammenhang von Süditalien und vor allem von Spanien, wo Salamander "eine größere Sache" vorhat, wie aus den Kreisen der Schuhindustrie zu vernehmen ist. Mit der Verlegung weiter Teile der Produktion nach Spanien, wird es Salamander ganz sicher gelingen, durch entsprechende Preisangleichungen mit der ausländischen Konkurrenz mithalten und gleichzeitig die Profite um enorme Mengen zu erhöhen. Denn: unter der Franco-Militärdiktatur verdienen die spanischen Arbeiter sechs bis acht Mark pro Tag, der durchschnittliche Tageslohn bei Salamander liegt in der BRD bei 40 Mark pro Tag. Wie man hört, sollen aus einem in Spanien produzierten Paar Kinderschuhe 12.-DM Profit herauspringen, aus einem in der BRD produzierten aber "nur" 3.-DM. Salamander darf also mit einer Profitsteigerung um 300% rechnen!

Von der Franco-Militärdiktatur erwartet der Salamander-Konzern offensichtlich auch, daß er vor Lohnkämpfen bewahrt bleibt. Das Streikverbot und die brutalen Unterdrückungsmethoden der spanischen Polizei sollen dafür Gewähr bieten. Doch diese Gewähr ist durchlöcherter seit dem mächtigen Aufschwung der Klassenkämpfe in Spanien, die ihren vorläufigen Höhepunkt im massiven Widerstand der Arbeiter und Studenten gegen die geplante Ermordung der 6 baskischen Revolutionäre durch die spanische Klassenjustiz fanden. Die Salamander-Kapital-Herren haben schon alle Vorbereitungen getroffen, um von den zu erwartenden Extra-Profiten möglichst wenig in die Kassen des Staates fließen zu lassen. Sie werden den in Spanien gefertigten Schuhen in ihren ostdeutschen Betrieben eine kleine, maschinell zu verrichtende Vollständigigung zukommen lassen, konkret: sie werden die Schuhe in Spanien bis auf die Sohlen fertigstellen, sie dann als Halbfabrikate einführen und hier die Sohlen aufspritzen. Die Zölle für Halbfabrikate liegen um einiges niedriger als die für Fertigprodukte.

Salamander hat im pfälzischen Raum mehrere Zweigbetriebe. Sie befanden bzw. befinden sich in Pirmasens, Worms, Hatzenbühl, Lingenfeld und Speyer. Die meisten von ihnen sind direkt oder indirekt von dem Manövern der Konzernspitze in Kornwestheim

betroffen. Die Werke in Worms (200 Beschäftigte) und Hatzenbühl (160 Beschäftigte) wurden bereits geschlossen, in Speyer hat eine sukzessive Entlassung eingesetzt.

DIE RKJ-INTERVENTION

Die RKJ-Speyer hat über ihre Betriebsgruppe sowohl im Werk Speyer als auch im Werk Hatzenbühl interveniert. Im Werk Speyer, wo wir schon seit längerem kontinuierliche Arbeiter-Arbeit leisten, und wo jeder 3. aus der Belegschaft (ca. 500 Beschäftigte) unseren "Betriebsreport" kauft, hatte unsere Intervention drei Schwerpunkte: 1. war es notwendig, in aller Klarheit über die Politik der Konzernspitze und ihre Zukunftspläne zu informieren. Es war zwingend, den Falschmedlungen, die die Konzernspitze über den korruptierten Speyerer Betriebsratsvorsitzenden in die öffentliche Presse lancierte, energisch entgegenzutreten. Das ist uns gelungen. Der allgemeine Tenor im Betrieb ist: "Was in der Zeitung steht, ist alles kalter Kaffee. Was hier drin steht (Betriebsreport Extrablatt) ist die Wahrheit".

2. galt es, am konkreten Ereignis den Kampf gegen den korruptierten Betriebsratsvorsitzenden, der de facto auch Personalchef ist, weiterzuführen. Er hatte in den Wochen der Diskussion um das Speyerer Werk wie immer brav das Sprachrohr der Konzernspitze gespielt, die Belegschaft und die Öffentlichkeit eingullt, indem er alles verharmloste und über die tatsächlichen Hintergründe überhaupt nichts sagte. Er lag, als er an einem Tag der Presse erklärte, die Produktion im Speyerer Werk würde sogar erhöht. Zwei Tage vor dieser Erklärung nämlich hatte die Werksleitung 10 Meistern gekündigt. Im Kündigungsschreiben stand als Kündigungsgrund, die Produktion in Speyer müsse abgebaut werden. Augenblicklich laufen die Vorbereitungen zur Einberufung einer von uns geforderten außerordentlichen Betriebsversammlung. Dort wird der Betriebsratsvorsitzende Rechenschaft für sein verräterisches Verhalten ablegen müssen.

3. Die Spitze der Gewerkschaft Leder muß gezwungen werden, in die Auseinandersetzung um die Salamanderwerke aktiv einzugreifen. Im Speyerer Salamander-Werk bietet sich uns nämlich ein besonderer Auswuchs bürokratischer Verwicklungen. Der Speyerer Betriebsratsvorsitzende, gleich zeitig stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender, zwingt die Gewerkschaftsspitze zu blamabler Passivität durch seine starke Stellung in der Bürokratie. Starke Stellung deshalb, weil er durch zweifelhafte und völlig unpolitische Methoden die gesamte Belegschaft organisiert hat (Eintritt in den Betrieb bedeutet automatisch, Beitragszahler der Gewerkschaft Leder zu sein). Die Gewerkschaftsarbeit und die Interventionsmöglichkeit der Gesamtgewerkschaft in diesem Betrieb ist deshalb fast gleich null. Nur die Belebung der gewerkschaftlichen Basis und deren massiver Druck auf die Bürokraten vermag die verkrusteten Strukturen zu sprengen. Die Gewerkschaft Leder muß Entlassungen in Speyer solange verhindern, bis für alle Betroffenen ein adäquater Arbeitsplatz zur Verfügung steht!

Wir haben vermittels einer Sonderausgabe des Betriebsreports und mit einem Artikel im letzten Betriebsreport interveniert. Die Intervention in Hatzenbühl hatte zufälligen Charakter. Wir haben in Hatzenbühl keine Tradition. Ein Extrablatt ging durch den Hatzenbühler Betrieb. Daraufhin wurden wir von einem Arbeiter besucht, der für eine tags darauf folgende Betriebsversammlung um konkrete Hilfe teilung bat. Die Konzernspitze von Salamander wollte in letzter Sekunde den Betrieb verkaufen, um sich um die Abfindungen zu drücken. Dieses trickreiche Manöver, dem höchstwahrscheinlich kurze Zeit später eine erneute Schließung ohne Abfindungen gefolgt wäre, wurde inzwischen fallengelassen. Unser Einfluß darauf läßt sich nicht genau messen.

Wir haben nicht erwartet, bei dieser Aktion rekrutieren zu können. Wir haben sie durchgeführt, weil sie politisch notwendig war. Sie war politisch notwendig, weil wir zu Entscheidungen der Kapitalisten von so weitreichenden Ausmaßen Stellung beziehen müssen, weil wir durch die Aktion unsere Vertrauensbasis erweitern und gezielte Mobilisierung in die Belegschaften tragen können.

DATEN FÜR DIE TÄGLICHE AGITATION

Wußtest Du schon

- daß die Bundesrepublik 1970 an Pakistan eine Entwicklungshilfe von 150 Mill. DM leistet? Nur hat Pakistan wenig davon. Wegen Zins- und Schuldenrückzahlungen bleiben gleich 140 Mill. DM hier (HB 2.10.1970)
- daß es die "sozialste Aufgabe des Unternehmers" ist, gewinnbringend zu arbeiten? Das meint jedenfalls Arbeitgeberpräsident Friedrichs (HB 19. 10. 1970)
- daß Großbankier Abs fordert: "Es sollte möglich sein, dem Unverständnis der marxistischen Doktrinde mit einer regelrecht militanten Unternehmensart zu begegnen..." (FAZ 20. 10. 1970)
- daß Absolventen von US-Universitäten gegenwärtig nur schwer eine Beschäftigung finden? Ein führender Personalchef erklärte: "Ein Job ist heute eher ein Privileg als ein Recht, auf das man pochen kann." (Bl 23. 10. 1970)
- daß Statistiken wie Bikinis sind? Was sie zeigen ist verwirrend, was sie nicht zeigen aber entscheidend.

Die Rüstung der Welt

Nach Berechnungen des Nato-offiziösen Londoner Institute for Strategic Studies betragen die Rüstungsausgaben der Welt im vergangenen Jahr ca. 175 Mrd. Dollar. Das waren 6,1 % des Brutto-Sozialproduktes der Welt. Über die Hälfte der Lasten entfielen auf die USA, die für diesen guten Zweck mehr ausgaben als das ganze Einkommen in Afrika oder der VR China ausmacht. Für die Rüstung der Welt wurde mehr verwendet, als alle Völker Asiens (ausgenommen die Sowjetunion und Japan) zum Leben haben. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

	Ausgaben (Mrd. Doll.)	Anteil am Brutto- Sozialprod. (%)
USA	79,8	8,6
Sowjetunion	39,3	8,5
VR China	4,9	9 - 10
übrige Staaten des Warschauer Pakts	6,7	4,7
übrige Nato-Länder	25,0	3,8
restl. europ. Länder	3,1	2,9
Näher und mittl. Osten	3,9	9,2
Asien u. Australien (ohne China)	8,3	2,7
Lateinamerika	2,4	2,1
Afrika ca.	1,0	2 - 3

Bei diesen Daten ist allerdings zu beachten, daß sie für die Arbeiterstaaten auf amerikanischen Berechnungen beruhen, die das Bruttosozialprodukt allgemein zu gering berechnen und bei den Rüstungskosten von amerikanischen Preisen und damit Profiten ausgehen, die naturgemäß überhöht sind.

Im Falle der asiatischen Länder ist zu bemerken, daß der niedrige Anteil am Sozialprodukt auf Japan zurückzuführen ist. Wird dieses Land ausgeklammert, so erhöht sich der Prozentsatz auf 4,8 % (Zusammenstellung nach The Military Balance, 1970-71).

LEST ABONNIERT

was tun

Subventionen

Die Ruhrkohle AG liefert die Tonne Kokskohle an die Hüttenwerke zum Preise von 58 DM die Tonne, obwohl die Listenpreise bei 128 DM liegen. Diese Subventionen werden vom Steuerzahler getragen. Der Bundeshaushalt sieht für Kokssubventionen 200 Mill. DM vor (FAZ 7.12.1970).

Erpressung

Für die Ansiedlung von Betrieben der Konzerne Alusuisse, VAW, Monsanto und des Napalmproduzenten Dow Chemical muß das Land Niedersachsen 800 Mill. DM und der Bund weitere 400 Mill. DM zahlen. Damit werden privatwirtschaftliche Investitionen vom Steuerzahler getragen. Die niederstschische Landesregierung hatte beim Vertragsabschluß keine Ahnung, was auf sie zukam. Ministerpräsident Kubel: "Wir standen unter der Pression privatwirtschaftlicher Gesellschaften, die hohe Dividenden zahlen. Man drohte uns, anderswohin zu gehen. Dieser Druck machte die erforderliche, ins Detail gehende Prüfung unmöglich." (FAZ 28. 10. 1970)

Vermögensbildung

Allein durch die Umwandlung von Acker- in Bauland ist zwischen 1960 und 1969 den Bodeneigentümern ein Vermögenszuwachs von 50 Mrd. DM entstanden. Im gleichen Zeitraum wurden für den sozialen Wohnungsbau z.B. nur 41 Mrd. DM ausgegeben. (HB 27.11.1970)

Unternehmer- und Arbeitereinkommen

Unternehmer reden von der Lohnexplosion. Die Regierung schweigt dazu und die Gewerkschaften verteidigen sich mehr schlecht als recht. Dabei läßt sich das Gegenteil ohne Schwierigkeiten selbst an den zugunsten der Kapitalisten frisierten Statistiken (sie enthalten nur die Einkommen, die vor dem Finanzamt ausgewiesen werden) nachweisen: Das Netto-Einkommen je Kopf entwickelte sich wie folgt:

	Einkommen in DM	
	Unternehmer	je tätigen Arbeitnehmer
1962	12 855	6 144
1963	13 988	6 485
1964	16 038	7 024
1965	18 085	7 716
1966	19 056	8 161
1967	19 018	8 388
1968	23 313	8 781
1969	24 929	9 428

	Veränderung in %	
	Unternehmer	Arbeitnehmer
1962	-	-
1963	+ 8,8	+ 5,6
1964	+ 14,7	+ 8,3
1965	+ 12,8	+ 9,9
1966	+ 5,4	+ 5,8
1967	- 0,2	+ 2,8
1968	+ 22,6	+ 4,7
1969	+ 6,9	+ 7,4

Im Vergleichszeitraum stiegen damit die Unternehmereinkommen um 93,9 %, die der Arbeitenden um 53,4 %. (errechnet nach Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1970 Seite 580 und Statistisches Jahrbuch 1970, Seite 119).

Auch sind die Dividenden stärker gestiegen als die Einkommen der Arbeitnehmer. Es gab folgende Wachstumsraten (in %):

1968	+ 12,3
1969	+ 24,6
1970	+ 25,0 (I. Halbjahr)

Vom 14.-17. April wird in Saarbrücken die 9. Jugendkonferenz der IG Metall stattfinden.

Nach den Kantinenparolen, die aus dem IG Metall-Hochhaus in Frankfurt kommen, will Brenner-Vize Eugen Loderer dort versuchen, die IGM-Jugend wieder fest in den Bürokraten-Griff zu kriegen, und all dem "Gerede" von Autonomie und Selbstorganisation ein Ende machen.

Dieser Jugendtag findet in einer bestimmten welt- und innenpolitischen Situation statt:

Eine der Losungen, mit der die amerikanischen Imperialisten und ihre bundesdeutschen Vettern ebenso wie die stalinistischen Bürokraten die Entwicklung in ihren Ländern wieder unter ihre Kontrolle bekommen wollen, ist überall dieselbe:

DISZIPLINIERT DIE RADIKALE JUGEND!

In der Bundesrepublik hat die SPD-Rechte einen Konflikt mit dem "linken Juso-Vorstand" vom Zaun gebrochen. Sie will endlich Ruhe haben vor der innerparteilichen Kritik an der Politik der unverhüllten Kapitalistenknechte Schiller, Möller und Schmidt. Damit geht die SPD-Führung zugleich gegen den Teil der ehemaligen APO vor, der den Versprechungen von der "Mitarbeit in den demokratischen Parteien" Glauben geschenkt hatte und teilweise die Illusion hegte, die SPD doch noch aus einer technokratischen kapitalistischen Partei in eine Reformpartei für die Lohnabhängigen umwandeln zu können.

In Indochina unternahmen die US-Imperialisten den jedoch vergeblichen Versuch, die sozialistische Revolution in Vietnam durch Ausdehnung des Krieges zu zerschlagen. Gepaart ist diese räuberische Außenpolitik mit einem brutalen Polizeiterror gegen die Linke in den USA, wie er sich im Ausrottungsfeldzug gegen die Black Panther und im Angela-Davis-Prozeß offenbart.

In der CSSR haben die Quislinge der Sowjetbürokratie einen Prozeß gegen junge Kommunisten inszeniert, die den Kampf für Arbeiterdemokratie, für die Verteidigung der Arbeiterinteressen gegen die Bürokratie an der Basis aufgenommen hatten.

"Die Forderung nach Parteidemokratie war allzeit eine ebenso beherrliche wie hoffnungslose Lösung aller oppositionellen Gruppierungen. Die uns bekannte Plattform der linken Opposition forderte 1927, in das Strafgesetzbuch einen besonderen Paragraphen einzufügen, der 'jede direkte oder verschleierte Verfolgung eines Arbeiters wegen Kritik als schweres Staatsverbrechen bestraft'"

Leo Trotzki:

Die verratene Revolution

DER BEGINN DER LEHRLINGSREVOLTE

Seit 1969 begannen "Jour fixe", Lehrlingszentren und sozialistische und kommunistische Jugendgruppen die Lehrlingsrevolte neben und gegen die Gewerkschaftsapparate zu organisieren.

Statt Proteste auf buntem Hochglanzpapier durch die BRD zu schicken, begannen sie, die Ausbeuter und ihre Praktiken direkt zu entlarven und anzugreifen. Diese lokalen, nicht koordinierten Bewegungen hatten ein Ergebnis: Das Problem der Berufsausbildung ist in der Diskussion der Öffentlichkeit, und sowohl Arbeitgeberverbände als auch die CDU wissen, daß sich die Jugendrevolte nach den Universitäten und Schulen jetzt nicht auch in der Berufsausbildung wiederholen dürfe. Um das zu verhindern, verfassten sie denn auch viele Pläne...

In Frankfurt vollzogen die lokalen Lehrlingszentren und -gruppen einen Schritt nach vorn: Auf der Konferenz am 13./14.2.1971 beschlossen sie, ihre Arbeit zu koordinieren

und konkret auf den Betrieb, die Basis gewerkschaftlicher Interessenpolitik auszurichten.

Um den Kontakt zu der wirklichen gewerkschaftlichen Jugendbewegung nicht völlig zu verlieren, beteiligte sich zumindest die Abteilung Jugend des DGB an dieser Konferenz.

Ernest Mandel: FRIEDLICHE KOEXISTENZ UND WELTREVOLUTION

Internationale Sozialistische Publikationen

(ISP-Verlag)

68 Mannheim 1, Rheinhäuserstrasse 26

Deutsche Erstveröffentlichung

Preis: DM 1,20

Die Abt. Jugend der IG METALL war nicht vertreten.

Trotz dieser "aufmunternden" Unterstützung durch den DGB verteidigten die Lehrlingszentren ihre Autonomie. Sie alle haben auf die eine oder andere Art die Erfahrung gemacht, daß die Gewerkschaftsbürokratie ihnen nicht selbstlos "helfen" will, die Lehrlingsbewegung voranzutreiben, sondern daß sie viel eher kontrollieren und notfalls erpressen und "abwürgen" will, was an wirklicher Basismobilisierung erfolgt.

DIE POLITIK DER GEWERKSCHAFTSBÜROKRATIE

Die Gewerkschaftsbürokratie hat den Lehrlingen einigen Grund gegeben, mißtrauisch zu sein: Spätestens der lahme "Protest" des DGB gegen das neue (alte) Berufsbildungsgesetz im Sommer 1969 in Köln signalisierte einen Bruch zwischen Gewerkschaftsapparat und Lehrlingsbewegung. Zynisch hatte die Bürokratie zu erkennen gegeben, daß sie wegen so ein paar Lehrlingen keinen Konflikt mit Sozialpartnern und SPD riskieren wird.

Diese Erfahrung machen aktive junge Kollegen in den einzelnen Orten jederzeit.

- Die Gewerkschaften haben kein Konzept für die Berufsausbildung. Im Rahmen ihrer allgemeinen Flickschusterei achten sie darauf, daß Ohrfeigen und allzu krasse Mißstände unterbleiben. Notwendig wäre dagegen eine polytechnische Ausbildung für alle Jugendliche und ein konsequenter Kampf, um die Berufsausbildung den Profitinteressen des Kapitals zu entreißen.
- Bei den Betriebsräten rangieren in der Regel die Lehrlingsinteressen an letzter Stelle. Abgesehen von den Betriebsräten, die als von Arbeitern gewählte betriebliche Sozialabteilungen funktionieren und die sich wegen ein paar dummen Lehrlingen nicht ihr gutes Verhältnis zum "Sozialpartner" stören lassen, - selbst diejenigen, die etwas tun wollen, kennen kaum die Ausbildungspläne und die heutigen und zukünftigen Anforderungen des Berufs. Im Übrigen sind die Lehrlinge ja auch kein Potential für die Wiederwahl der meist sehr selbhaften Betriebsräte...

METALL in Saarbrücken:

- Was für die Betriebsräte gilt, gilt zum großen Teil auch für die örtlichen Gewerkschaftssekretäre. Wegen Lehrlingsproblemen möchten sie sich nicht gerade mit den mächtigen Betriebsratsfürsten anlegen. Die Gewerkschaftsführung schließlich will in der nächsten Tarifrunde mit dem "Sozialpartner" einen halbwegs "anständigen" Tarifvertrag abschließen; wegen der Lehrlinge wird man sich doch nicht das gute Einvernehmen verderben lassen!
- Die Verfilzung der Gewerkschaftsbürokratie mit der SPD auf allen Ebenen tut ein Übriges. Der örtliche Gewerkschaftsfunktionär, der zugleich Stadtrat ist, kann sich doch nicht als Gewerkschaftssekretär mit ein paar "Unternehmen" wegen der Ausbildungspraktiken anlegen, wo er sie doch als Stadtrat dafür gewinnen will, daß der neue Betrieb auch wieder in der Stadt errichtet werden soll! Bittet die SPD-Regierung beim Kapital um Schönwetter, so können doch sozialdemokratische Gewerkschaftsführer keine Kampagne gegen das Berufsausbildungssystem starten!

Der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Loderer wird also, -wenn er dumm ist-, in Saarbrücken eine Rede halten, in der er offen von der Gewerkschaftsjugend Unterwerfung unter die jeweilige Politik des Vorstandes fordert und ihr jedes Recht auf eine eigene Politik bestreitet, die zwar den Interessen der gleichaltrigen Kollegen entspricht, aber der Vorstandspolitik nicht in den Kram paßt. Ist Loderer klug, wird er eine scheinradikale Rede halten und lange Grundsatzdebatten über "Gewerkschaftspolitik für das Jahr 2000" provozieren, damit der Kongreß nicht auf die Idee kommt, über die konkrete Politik für heute und morgen zu beraten.

AUTONOMIE FÜR DIE IG-METALL-JUGEND!

Lehrlinge bleiben nur drei Jahre Lehrlinge, anschließend verbringen sie ihr Leben als Lohnabhängige. Lehrlingspolitik ist Teil des Klassenkampfes, eine gesonderte Lehrlingsorganisation ist deshalb abzulehnen. Die Lehrlinge müssen sich in der Organisation zusammenschließen, die von der großen Mehrheit der Lohnabhängigen in Deutschland als ihre Organisation angesehen wird: in den Gewerkschaften des DGB.

Aber die von der Bürokratie gegängelte Gewerkschaftsjugend wird immer wieder daran gehindert, den Kampf der Lehrlinge gegen das Unternehmerrmonopol über die Berufsausbildung zu organisieren. Da die Gewerkschaftsbürokratie hierfür keinen strategischen Ansatz leisten kann und alles ihren kurzfristigen Tagesinteressen unterordnet, zerstört sie die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation von morgen. Die Lehrlingsrevolte neben und gegen die Gewerkschaften ist ein deutliches Warnzeichen. In dieser Situation hat die Gewerkschaftsjugend die Verpflichtung, diesen Kampf zu organisieren. Dies kann sie nur, wenn sie für ihre eigene Autonomie in der IG Metall kämpft.

KONGRESS - POLITIK

Auf dem Kongreß kommt es sicher zu langen Debatten über die Ostverträge und das "Rechtskartell". Das kann leicht in eine "Verhinderungsstrategie" der gewerkschaftlichen Debatte ausarten.

Auf dem letzten Kongreß der IG Druck & Papier wurde beschlossen, keine Begrüßungsansprachen zuzulassen. Begründung: "Wir brauchen unsere Zeit für die Diskussion über unsere künftige Politik."

Zur Nachahmung sehr zu empfehlen.

Der Kongreß sollte in seinen Resolutionen den nationalen und internationalen Zusammenhang herstellen, er sollte sich mit all denen solidarisieren, die für die Befreiung der

Arbeiterklasse kämpfen, mit der indochinesischen Revolution, mit Angela Davis und dem Kampf der Revolutionäre in den USA, mit den eingekerkerten jungen tschechoslowakischen Kommunisten. Er sollte die "Jungsozialisten" gegen die Hetzkampagne der SPD-Rechten verteidigen.

Zur Organisation der Lehrlingsbewegung muß sich der Kongreß vor allem mit folgenden Problembereichen befassen:

- Gewerkschaftsjugend und Lehrlingszentren
- Tarifpolitik für Lehrlinge
- Gründe für die Sabotage der Lehrlingsbewegung durch die Gewerkschaftsbürokratie.

Diskutiert das Strategiepapier des Bundesjugendausschusses des DGB vom April 1970 und der darin entwickelten "Konfliktstrategie"!

Fordert eure finanzielle und politische Autonomie!
Sorgt für eine Zusammenarbeit zwischen der IG-Metall-Jugend und den anderen Bereichen gewerkschaftlicher Jugendarbeit des DGB und der Einzelgewerkschaften!

"Prüfe die Rechnung - Du mußt sie bezahlen!"



die internationale

Organ der "GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN"
(GIM) - Deutsche Sektion der IV. INTERNATIONALE

Einzelheft DM 2.00

Jahresabonnement DM 10.00

Nr. 1/1971

Inhalt:

INDOCHINA: Der revolutionäre Kampf verstärkt die Solidarität

POLEN: Die Arbeiterklasse auf dem Weg zur sozialistischen Demokratie

Livio Maitan: Ein kritisches Stadium für die kubanische Revolution

Tariq Ali: Wahlen in Pakistan - und was jetzt?

PERU: Hugo Blanco: Gegen die reformistische Junta - für die sozialistische Revolution

noch lieferbar:

Nr. 3/1970

DOKUMENTE DER NATIONALEN KONFERENZ
DER GRUPPE INTERNATIONALE MARXISTEN
(GIM), DT. SEKTION DER IV. INTERNATIONALE

in Vorbereitung:

Nr. 2/1971

"Der Brüsseler Kongreß für ein Rotes Europa"
Referate von E. Mandel, Tariq Ali, Pellegrini u.a.

Vertrieb: ISP - Verlag, 68 Mannheim 1, Rheinhäuserstr. 26

ANGELA DAVIS : Solidaritätsaktion in Essen

1. DIE VORGESCHICHTE

Während in den USA die revolutionäre Kommunistin Angela Davis auf ihre Verurteilung durch die Klassenjustiz wartet (siehe Was Tun 2/71), finden in vielen Städten der Welt Demonstrationen und Aktionen gegen den US-Imperialismus und für Solidarität mit Angela Davis und anderen revolutionären Gefangenen in den USA statt.

Um auch in der Kernstadt des Ruhrgebiets, in Essen, den Kampf für die Solidarität mit Angela Davis führen zu können, schlossen sich Anfang Februar einige sozialistische Gruppen zu einem Angela-Davis-Initiativ-Komitee zusammen: SDAJ, KJVD, Spartacus, IdK-DFG und die RKJ-Gruppe Marl.

Geplant wurde für den 6. März ein Teach-In zum Thema "Angela Davis und der US-Imperialismus" mit einer anschließenden Demonstration zum Essener Kennedy-Platz. Um auf die Aktion hinzuweisen und zur Teilnahme aufzufordern, wurden Informationsflugblätter vor Betrieben, Schulen und Berufsschulen verteilt.

Innerhalb des Initiativkomitees versuchte die SDAJ verzweifelt, den Termin für die Aktion hinauszuschieben, mit dem Hintergedanken, das Initiativkomitee für ihre Zwecke auszunutzen. Als außer den Vertretern des KJVD und ihnen keiner für den SDAJ-Vorschlag stimmte, traten sie aus dem Initiativkomitee aus, beteiligten sich auch nicht an den Vorbereitungsarbeiten.

Die inhaltliche Arbeit des Komitees: das Ausarbeiten der Flugblätter und die Strukturierung der geplanten Veranstaltung wurde hauptsächlich von den Mitgliedern der RKJ geleistet. Die Vertreter des KJVD beschränkten sich darauf, die Erwähnung "der revolutionären Partei des Proletariats" zu fordern.

2. DIE AKTION

Am Samstag, den 6. März hatten sich um 13 Uhr in der Aula der kaufmännischen Unterrichtsanstalten Essen rund 150 Teach-In-Teilnehmer versammelt. Nach der Einführung über den Fall Angela Davis zeigte ein RKJ-Genosse in einem Referat die wirtschaftliche Situation der USA auf. Er betonte die zunehmende Krise der imperialistischen Wirtschaft und besonders die dadurch ausgelöste Verschärfung des Klassenkampfes in den USA. Nach einem Essener Arbeiterdichter und einem Pfarrer belegte ein weiterer RKJ-Genosse

die verbrecherische Außenpolitik des US-Imperialismus und zog die Verbindung zwischen dem Fall Angela Davis, den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und dem Kampf gegen den Kapitalismus in Westdeutschland. Zuletzt sprach ein Genosse von Spartacus über die Aufgaben der Sozialisten in der Bundesrepublik.

Um 14 Uhr sollte die Demonstration beginnen, doch plötzlich weigerten sich die anwesenden SDAJler mitzumarschieren, wenn RKJ- und Spartacus-Transparente gezeigt würden. Kategorisch forderten sie nicht nur das Einrollen der Gruppentransparente, sondern z. B. auch solcher mit der Aufschrift: Kampf dem US-Imperialismus, Kampf dem Kapitalismus in der BRD.

Trotz heftiger Diskussionen blieben sie bei ihrer Forderung. Daher zogen dann die Blöcke der Revolutionär-Kommunistischen Jugend und des Spartacus, die Leute der SDAJ und einen Rote-Fahne-Verkäufer der KJVD hinter sich lassend, in die Innenstadt Essens.

Unterwegs schwoh der Demonstrationzug von anfangs ca. 100 auf rund 200 Genossen an, etwa zur Hälfte bei Spartacus, die anderen in dem Block der RKJ, der die Demonstration anführte.

Während manche Essener lautstark ihre antikommunistischen Ressentiments loswurden, gab es viele, die ihre Zustimmung bekundeten. Auf dem Kennedy-Platz sprach ein Genosse der RKJ, wobei er besonders auf die hervorragende Rolle der IV. Internationale im Kampf gegen den Imperialismus einging. Nach der Rede eines Spartacus-Sprechers wurde die Demonstration mit dem Gesang der Internationale beendet. Einige ältere Arbeiter kamen spontan und sangen mit geballter Faust mit.

3. AUSBLICK

Die relativ geringe Beteiligung an dieser Solidaritätsaktion (im Gegensatz z. B. zu der Essener Springer-Blockade 1968) zeigt klar die Notwendigkeit für uns auf, den Kampf gegen den westdeutschen Kapitalismus mit dem antiimperialistischen Kampf zu verbinden. Aber diese Aktion zeigt auch, daß weder die opportunistische DKP-SDAJ noch der linksstalinistische KJVD diese Aufgabe erfüllen können. Bemerkenswert ist noch, daß die DKP versuchte, die Demonstration von der Polizei auflösen zu lassen. So war die Essener Aktion ein voller Erfolg der Politik der RKJ. Durch die vor und während der Aktion geknüpften Kontakte wird in der nächsten Zeit ein Initiativkomitee für die Gründung einer RKJ-Gruppe Essen entstehen.

- RKJ Marl



RKJ REVOLUTIONÄR -
KOMMUNISTISCHE
JUGEND

HAMBURG: Bernhard Gierds, 2 HH 22, Wielandstr. 53
BERLIN: Dieter Fölster, 1 B 10, Postfach 214
RUHRGEBIET: Georg Kerski, 463 BO, Laerheidestr. 28
DÜSSELDORF: Werner Hülsberg, 4 D, Grashof 35, Nr. 76
KÖLN: Hans Müller, 5 K-Sülz, Emmastraße 17
FRANKFURT: D. Elken, 6051 Dietzenb. Konr.-Langstr. 28
MANNHEIM: Bernd Kübler, 68 MA 1, Hafenstraße 46
PFALZ: Wolfg. Hihn, 672 Speyer, Butenschönstraße
SAARLAND: Lúko Willms, 6604 Brebach, Peter & Paulstr. 2
STUTT GART: Ingo Speidel, 7 S 60, Wallmerstr. 45

Die Lehren der Commune

PIERRE FRANK:

Vor dem spontanen Aufstand des Pariser Proletariats am 18. März 1871 hatte die bürgerliche Regierung in aller Hast die Flucht ergriffen. Das bewaffnete Proletariat nahm die Hauptstadt in Besitz. Die Pariser Commune begann. Sie währte 71 Tage lang im Frühling des Jahres 1871.

Jedoch hat sie in diesen hundert Jahren nie aufgehört, die Hoffnungen der Arbeiter der ganzen Welt zu verkörpern. Besiegt, im Blut erstickt, bleibt die Pariser Commune im kollektiven Gedächtnis der Arbeiterklasse als ein gewaltiger Sieg bestehen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Klassenkampfes siegt das Proletariat über die Bourgeoisie, siegen die Ausgebeuteten über ihre Ausbeuter.

Die Lehren der Commune entspringen ebenso dem Sieg wie der Niederlage: sie sind fundamental. Für die vergangenen Siege und Niederlagen, für die künftigen Kämpfe sind diese Lehren aktuell wie je.

Von den Bürokraten in Moskau, Prag und Paris mit ihren üblichen Grabreden gefeiert, muß die Commune die Verleumdungen der stalinistischen Usurpatoren über sich ergehen lassen. Gleichermassen beleidigt wird sie durch die lächerliche Parodie in der "Mutualité", wo Mitterrand, Freimaurer und OCI als gemeine Fälscher die Commune verraten. Die "Jahrhundertfeier" lockt die Schakale an. In großer Zahl kommen sie, um zu plündern, umzuformen, zu zerstören.

Auf der anderen Seite wollen jene, die im von Marcellin okkupierten Paris "das Leben ändern" wollen, die "befreiende Kraft" der "Pariser Kommunarden" rühmen, indem sie an die Stelle der Wirklichkeit die Utopie und den Mythos setzen.

Die einen wie die anderen muß man an einige Tatsachen erinnern:

Den Stalinisten gegenüber, die sich an den Jubeltagen wieder der Commune erinnern, wiederholen wir, daß es keine Revolution ohne bewaffneten Aufstand gibt, ohne die Zerschlagung des bürgerlichen Staates. Wenn sie den friedlichen Übergang zum Sozialismus anpreisen, rufen wir ihnen einen Artikel von Marty von 1933 ins Gedächtnis, der sagt, daß sich allein durch Gewalt die Geschichte gestalten läßt. Wenn sie jetzt das Privateigentum in Schutz nehmen, so erinnern wir sie daran, daß die "Expropriation der Expropriateure" mehr bedeutet als die Verstaatlichung der Banken. Man muß in die Keller der Bank von Frankreich hinabsteigen, bevor man den "Himmel erstürmt."

Die Revolution ist realistisch.

Den Spontanisten gegenüber, die die schöpferische Energie der Massen preisen und Führung, Organisation und revolutionäre Disziplin ablehnen, muß man sagen: Wenn die Commune ein Fest war, so war es kurz und endete tragisch. Sie überlebte nicht den Frühling, weil die Kommunarden vergessen hatten, daß eine Revolution sich bewaffnet verteidigt und das Proletariat seine Diktatur ausüben muß, um sich zu organisieren und zu kämpfen.

Keine Revolution ohne Diktatur des Proletariats.

"Dogmatiker, ewige Wiederkäufer, die dauernd alles durch die Rolle der Partei erklären wollen", schimpfen die Spontanisten auf uns.

Die Commune ist jedoch das tragische Exempel der Geschichte der Arbeiterbewegung, wo das Fehlen der revolutionären Partei die schrecklichsten Folgen zeitigte.

Keine Revolution ohne organisierte Avantgarde.

Das Scheitern der Commune zeigt zwingend die Gültigkeit der marxistisch-leninistischen Theorie über den Staat und über die Organisation. Und wenn wir manchmal als "Fest-Verderber" erscheinen, was macht das schon, wenn sich dafür die Geschichte nicht zweimal wiederholt.

"Die Erben von Thiers werden ihre historische Schuld bezahlen, vollständig." (Leo Trotzki)

BLACK PANTHER:

Solidaritätstag in Zweibrücken

Am 19. 11. 1970 fuhren vier Mitglieder der Black-Panther-Partei in zivil mit ihrem Privatwagen zur Ramstein-Air-Base in der Pfalz. Sie wollten eine Veranstaltung mit Kathleen Cleaver vorbereiten. Die Zufahrt zu dem Flugplatz ist autobahnähnlich ausgebaut. Als sie merkten, daß sie an einem Wachtposten vorbeigefahren waren, hielten sie an und stießen zurück. Der Posten - ein deutscher Zivilangestellter der US-Army - verlangte ihre Pässe, die er auch zu sehen bekam. Die vier weigerten sich allerdings, sie ihm auszuhandigen. Der Posten riß dann die Wagentür auf, zog den Zündschlüssel ab und schaute sich im Wagen um. Als er im Wageninneren Plakate und Zeitungen der BPP sah, trat er einen Schritt zurück, zog seine Pistole und schoß. Seine Schüsse wurden - in Notwehr - erwidert. Die Vier versuchten zu fliehen; zwei von ihnen wurden kurz darauf durch MP mit Hunden gepackt. Es sind Larry Jackson und William Burell, die seitdem in Zweibrücken im Gefängnis sitzen. Der Haftbefehl gab nicht etwa "Mordversuch" oder ähnliches als Haftgrund an, sondern "Mordverschwörung", wobei die ganze Black Panther Partei mit einbezogen wurde und als eine Bande dargestellt wurde, die sich hauptsächlich Mordanschläge zum Ziel gesetzt habe. Seither wird eine Farce von einem Prozeß vorbereitet, der als Anlaß für eine breit angelegte Hetzkampagne gegen die sich entwickelnde politische Bewegung bei den in Westdeutschland stationierten GIs dienen soll, vor allem um den Kampf der schwarzen Soldaten und ihre Organisationen zu diskriminieren und mit "juristischen" Mitteln zu zerschlagen.

Dieser Willkürakt ordnet sich ein in die Politik der westdeutschen Bourgeoisie, die den Angriff auf die Legalität der gesamten Linken z. Z. dadurch führt, daß sie die Teile der Linken kriminalistisch liquidiert, gegen die sich juristische Handhaben konstruieren ließen, wie vorher schon das Verbot des Heidelberger SDS und jetzt der Polizeifeldzug gegen die Bader-Meinhof-Gruppe. Vor dieser Taktik hat die westdeutsche Linke bisher weitgehend versagt. Die Zersplitterung des SDS hat eine ganze Reihe von fraktionell fixierten mehr oder minder kleinen Gruppen hervorgebracht, die unfähig sind, sich von ihrer Nabelschau zu lösen. Sie setzen so die Strukturen des Hobby-Internationalismus des alten SDS fort

- die einen beschäftigen sich nur mit Angela Davis, die anderen nur mit Cabora Bassa, die dritten nur mit Palästina oder eben mit der Black Panther Partei.

So wurde auch diese Demonstration nur von einem Ausschnitt aus dem Spektrum der linken Organisationen Westdeutschlands getragen, und zwar demjenigen ultralinken Gruppen, die die Traditionen des alten SDS am ehesten weiterführen.

Am 6. März fand in Zweibrücken (Pfalz) eine Demonstration zur Verteidigung der Ramstein Zwei statt, an der etwa 1.500 Demonstranten teilnahmen, darunter große Kontingente aus den Zentren der Studentenbewegung Frankfurt und Berlin. Der Demonstrationzug ging von der Stadtmitte zum Gefängnis, in dem bis kurz vorher die Ramstein Zwei gesessen hatten und ging dann wieder zurück ins Zentrum, wo er sich auflöste. Unterwegs gab es mehrfach Zusammenstöße mit der Polizei, als der Zug vom vorgeschriebenen Weg abweichen wollte. Die Polizisten schlugen sofort, ohne Vorwarnung, mit ihren Knüppeln auf die Demonstranten ein. Die

Revolutionär-Kommunistische Jugend (RKJ) intervenierte mit einem Flugblatt, das den oben beschriebenen Zusammenhang erläuterte und dazu aufrief, den Solidaritätstag in Zweibrücken zur Verteidigung der schwarzen Genossen als einen Schritt zur Aktionseinheit der Linken gegen die Angriffe des kapitalistischen Staates zu verstehen und nahmen in einem eigenen Block an der Demonstration teil.

FORD kann zahlen !!

KURZARBEIT BEI FORD - SAARLOUIS WEGEN FORD - STREIK IN ENGLAND

Das Ford-Zweigwerk in Saarlouis ist ein ganz junger Betrieb. Er produziert erst seit sechs Jahren. Die Belegschaftsstärke ist sehr schnell gewachsen und wächst ständig weiter. Jetzt sind bereits über 6000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, davon sind rund 95% gewerkschaftlich organisiert. Dennoch ist die Stellung des Betriebsrats gegenüber dem ebenso cleveren wie hemdsärmeligen amerikanischen Ford-Management relativ schwach. Die deutschen Ford-Fabriken erleben seit über drei Jahren einen unglaublichen Boom. Mit der Produktion des Ford-Escort in Saarlouis verdoppelte sich die Belegschaft. Mit der Aufnahme des Erfolgsschlagers Ford "Capri" in Saarlouis steht ein weiterer rapider Ausbau bevor.

DENNOCH KURZARBEIT

Seit dem 1. März sind fast zwei Drittel der Belegschaft ohne Arbeit und beziehen Kurzarbeiter-Geld. Denn die Motoren für den "Escort" bezieht Saarlouis aus England. Und bei Ford in Dagenham und Halewood, wird bereits seit Januar gestreikt. Die Ford-Manager hetzen mit allen Mitteln gegen die Streikenden in England, deren Forderungen als maßlos und unerfüllbar hingestellt werden, und locken gleichzeitig mit Zukunftsmusik von Ausweitung der Produktion und Verlagerung des Motorenbaus nach Saarlouis. Dabei geriet auch die IG Metall ins Schußfeuer. Die IGM hat sich zwar rein verbal mit dem Streik in England solidarisiert, aber nicht den Fall konkret aufgegriffen, um die deutschen Kollegen über die Zusammenhänge und die Situation in England zu informieren, eine Solidarisierung herbeizuführen und den international geführten Angriff des Konzerns durch internationalen Kampf abzuwehren. Die zuständige IGM-Verwaltungsstellenkonferenz lehnte sogar den Antrag ab, eine Delegation des Ford-Betriebsrats nach England zu entsenden, um sich dort selbst über die wirkliche Lage zu informieren und der Konzern-Propaganda entgegenzutreten zu können. Die zuständige IGM-Bezirksleitung in Frankfurt, die sich bereits bei der Tarifbewegung 1970 unruhlich hervorgetan hatte mit dem berühmten Hessen-Abschluß von 10%, "bewährte" sich erneut: Sie tat gar nichts. Damit lieferte die IG Metall selbst alle Voraussetzungen dafür, daß die Ford-Manager den Zorn der Kollegen gegen die Gewerkschaft richten können: Die IGM unterstütze den englischen Streik, soll sie auch zahlen !

ZUM STREIK IN ENGLAND

Das Angebot der Ford-Motor-Company Ltd, die Löhne in England um 2 Pfund pro Woche zu erhöhen, wurde zurecht als Provokation empfunden. Ford hat dies Angebot nur gemacht, um die konservative Regierung, die den Preisauftrieb (im letzten Jahr 8 %) auf Kosten der Arbeiter und Angestellten "dämpfen" will, zu unterstützen. Daraufhin legten die Ford-Arbeiter spontan die Arbeit nieder. Der Streik wurde hinterher von den zuständigen Gewerkschaften als offiziell erklärt.

Moss Evans von der "Transport and General Workers Union" bewies in einem Dokument, daß in England die Ford-Löhne weit hinter denen der anderen britischen Automobilfirmen zurückhinken, während die Ford-Profitrate beträchtlich höher liegen:

Firma	Umsatz pro Beschäftigten	Lohnkosten pro Auto
FORD	8.300 Pfund	153 Pfund
Rootes	6.600 Pfund	175 Pfund
Brit. Leyland	5.000 Pfund	240 Pfund
Vauxhall	5.800 Pfund	166 Pfund

Um die öffentliche Meinung gegen die Streikenden aufzubringen, verbreitete FORD sofort, die Firma werde eine Fabrik für rund 250 Millionen DM jetzt "zur Strafe" nicht in England, sondern woanders errichten. William Batty, der Direktor der FoMoCo, hat damit eine bewußte Falschmeldung verbreitet: Am 11. Dezember 1970, also vor dem Streik, berichtete Financial Times, New York, bereits, daß die Übersee-Investitionen von Ford in Deutschland, und zwar im Raum Köln - Düren konzentriert werden sollen. Von einem geplanten Werk in England war keine Rede. Aber die konservative englische Presse wie der "Daily Telegraph" schrieben sofort in Balkenüberschriften: "Streikende führen zum Verlust einer 30-Millionen-Pfund Fabrik für England !"

DAS BEISPIEL BEWEIST ERNEUT: INTERNATIONAL ORGANISierter KLASSENKAMPF NOTWENDIG !

Natürlich versucht Ford auf diese Weise, die deutschen Arbeiter gegen die englischen auszuspielen. Dahinter stecken handfeste materielle Interessen: Denn der Produktionsausfall in Saarlouis erhöht natürlich die Erfolgchancen der Streikenden in England. Das Beispiel zeigt zugleich, wie störanfällig die international arbeitsteiligen Konzerne sind und wie erfolgreich sie eine international organisierte Arbeiterbewegung bekämpfen könnte !

Die Ortsverwaltung der IG Metall hat einen ersten Schritt getan, indem sie erklärt hat, daß sich die Kurzarbeit in Saarlouis sofort beendigen ließe, wenn der Konzern die "berechtigten Forderungen der englischen Kollegen erfüllen" würde.

Die englische Gewerkschaft hat die deutschen, belgischen und kanadischen Ford-Betriebe aufgefordert, keine Arbeiten an Motoren und Modellen auszuführen, die normalerweise in Großbritannien hergestellt werden.

Die IG Metall gehört dem Internationalen Metallarbeiter-Bund an, dem auch die britischen Gewerkschaften der Automobilindustrie angeschlossen sind. Aber offensichtlich ist dieser Bund nur dazu da, daß höhere Funktionäre schöne Auslandsreisen machen, und nicht, um als Instrument des direkten Kampfes gegen die internationalen Konzerne zu dienen.

FORD KANN ZAHLEN !

Die Betriebsräte und Vertrauensleute von Ford-Saarlouis stellten einen Forderungskatalog auf, der bescheiden genug ist, der dem Ford-Management vorgelegt wurde:

1. Grundsätzliche Ausschaltung von Härtefällen in der Kurzarbeit.
2. Weiterzahlung der DM 26,- tarifvertraglich vereinbarte vermögenswirksame Leistungen während der Kurzarbeit
3. Sofortige Zahlung einer Sonderzulage, die über das gesetzlich festgelegte Kurzarbeitergeld hinausgeht
4. Bezahlung von 50 % des Lohnausfalls ab der 6. Kurzarbeiterschicht - zusätzlich zum Kurzarbeitergeld
5. Zahlung ab der 6. Kurzarbeiterschicht von 50 % für verlorengegangene Nachtschicht- und sonstige Zuschläge
6. Nach 3 Wochen Kurzarbeit Zahlung des vollen Lohnausgleiches.

Dieser Forderungskatalog ist das mindeste ! Drei Wochen Kurzarbeit sind mittlerweile erreicht. Jetzt steht die Forderung: Voller Lohn einschließlich aller Zulagen für alle von Kurzarbeit betroffenen. Ford hat in den letzten Jahren Superprofite gemacht, wie sie selbst bei den großen Monopolen selten zu finden sind. Ford-Saarlouis steht dabei in der Gewinnlage mit ganz oben. Ford hat Geld genug. Ford kann zahlen.

Die jüngsten Wahlen und die SPD:

einmal minus - - einmal plus

BERLIN

1971 wurden in Berlin nur 10.000 Wählerstimmen weniger abgegeben als 1967. Dennoch verlor die SPD gut 100.000 Stimmen, davon allein in den Arbeitervierteln Wedding und Kreuzberg je 20.000! Da die FDP rund 18.000, die SEW nur 4000 gewann, während die CDU über 70.000 Stimmen gewonnen hat, müssen von den 100.000 Stimmen, die die SPD verlor, Wähler zur CDU abgewandert sein, auch aus der Arbeiterklasse.

Den größten Gewinn hatte die CDU in Reinickendorf (16.000). Der Protest gegen die Lebensbedingungen im "Märkischen Viertel" schlug sich für die SEW, die dort die 5%-Hürde zu nehmen hoffte, nur mit 550 Stimmen zu Buch. Der unerwartet niedrige Zugewinn der "Arbeiterpartei" SEW kommt offensichtlich ganz überwiegend von Studentstimmen...

Als die CDU durch die Einberufung einer Fraktionsitzung nach Berlin die Initiative der SED, direkt mit dem Berliner Senat über Passierscheine für Westberliner zu verhandeln, torpedierte, hat die SPD "mitgespielt", anstatt diese Provokation zu denunzieren. Sie sagte die Verhandlungen ab und begab sich damit unter dem Beifall der Springer-Presse der Chance, sich einen sichtbaren Erfolg wie seinerzeit die Passierscheinregelung durch Brandt bei der Wahl honorieren zu lassen. Daß die SED hoffte, die "Viermächte-Verhandlungen" samt ihrem sowjetischen Verbündeten zu überspielen, ist klar. Aber auch Schütz hat sich von der CDU überspielen lassen.

RHEINLAND - PFALZ

Anders verlief die Wahl in Rheinland-Pfalz: Dort gab es noch ein großes NPD-Potential aus der Zeit der Rezession, das jetzt der CDU zugute kam. Der Konzentrationsprozeß auf der Rechten wurde nachgeholt, der in anderen Ländern schon stattgefunden hatte. Der SPD mit ihrem -für SPD-Verhältnisse "links-stehenden" Spitzenkandidaten Wilhelm Dröschner konnte immerhin 140.000 Stimmen gewinnen! Einerseits wegen dem festen Bündnis der FDP mit der CDU, so daß die SPD hier der Sorge enthoben war, auf den schwächlichen Bonner Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen, andererseits wegen Dröschners bewußt und intensiv auf die Großstädte und die Arbeiterklasse ausgerichteten Wahlkampf.

Die innerparteiliche Diskussion wird in der SPD erst dann richtig angeheizt werden, wenn auch der "rote Jochen" Steffen, der sich deutlich auf die Seite der Jusos gestellt hatte, in Schleswig-Holstein besser abschneidet als die rechts-konservativen Berliner Sozialdemokraten.

Arsenale der Polizei. Dies hätte die Armee gezwungen, sich auf einen Kampf auf dem Lande einzulassen, wo sie wirkungsvoll durch bewaffnete Guerilla-Aktionen aufgesplittert und isoliert werden kann. Das wird der nächste Schritt sein, sofern Ostbengalen weiter vorwärts geht...

Der Aufstand in Ostbengalen und eine erfolgreiche Unabhängigkeitserklärung könnte äußerst günstige Auswirkungen auf Westbengalen (das zu Indien gehört) haben. Ein gemeinsames Nationalbewußtsein und ein gemeinsamer Kampf könnte Bengalen zum ersten befreiten Gebiet Indiens machen und die indische Revolution einleiten, und zum Hauptangriffspunkt auf den US-Imperialismus in den siebziger Jahren werden.

FÜR DIE VEREINIGTE SOZIALISTISCHE REPUBLIK BENGALI

Javed Hussein

PAKISTAN:

OST - BENGALEN:

DER ZÜNDEnde FUNKE FÜR DIE
INDISCHE REVOLUTION ?

Die gewaltige revolutionäre Explosion in Ost-Pakistan kam nicht ganz unerwartet. Es war klar, daß jede gewählte Vertretung in Ost-Bengalen versuchen würde, die wirtschaftliche und politische Unterordnung des Landes unter das westpakistanische Kapital zu verändern. Gerade diese Unterdrückung gab der nationalen Frage in Ostbengalen eine überragende Bedeutung: Pakistan war seit seiner Gründung 1947 ein Staat, aber keine Nation, und der naive Glaube, der Islam würde alle politischen, kulturellen und geographischen Barrieren überwinden, wurde unter einem hohen Preis ad absurdum geführt. Der Kampf um die Verfassung ist nur ein Symptom für die allgemeine Unruhe in Ostbengalen: er unterstreicht nur für die bengalischen Massen die Tatsache, daß die Interessengruppen im Westen (einschließlich des "fortschrittlichen" Bhutto) niemals freiwillig ihre Macht über den Osten aufgeben werden.

Obwohl die Awami-Liga (die kleinbürgerliche Partei, die einen überwältigenden Sieg in Ostbengalen bei den pakistanischen Wahlen erzielte) die Massen zynisch auf die Straßen gerufen hat, ohne sie zu bewaffnen, und sie damit der Schlächtereier der bewaffneten Kräfte des bürgerlichen Staates ausgesetzt hat (die Zahl der Toten liegt weit über 3000), haben die Massen wie stets eine erstaunliche Militanz bewiesen. Über eine Million haben in Dakka an Kundgebungen von Scheik Mujibur Rehman, dem Führer der Awami-Liga, teilgenommen, und haben unmißverständlich die Unabhängigkeit ihres Landes gefordert, eine Bengalische Nation, ohne Parasiten aus dem Westen. Die Armee-Generale haben sich verkalkuliert, wenn sie meinten, durch Gewalt die Situation bereinigen zu können. Sie erreichten das genaue Gegenteil, und die Frage der bewaffneten Volksmacht wird jetzt in Bengalen ganz klar gestellt. Ein äußerst erfolgreicher Generalstreik zwang die Awami-Liga, diese Logik teilweise zu akzeptieren und heute besteht in Ostbengalen eine äußerst weitgehende Form von "Doppelherrschaft": es ist allerdings der Zustand einer bürgerlichen Doppelherrschaft! Die Awami-Liga war gezwungen, Komitees zu bilden, die die Verwaltung in den Städten und wichtigsten Gebieten übernahmen. Nur die Armeebezirke stehen zur Zeit noch außerhalb ihrer Kontrolle. Für die Awami-Liga ist diese Situation jedenfalls äußerst prekär. Die Massen werden nicht allzu leicht irgendeinen Verrat hinnehmen und die Awami-Liga scheint sich darüber klar zu sein. Andererseits liegt die volle Unabhängigkeit nicht im Interesse der Führung der Liga und die Gründe dafür liegen auf der Hand.

Eine Unabhängigkeitserklärung würde aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer bewaffneten Auseinandersetzung mit der Besatzerarmee führen, und Scheik Mujibur dürfte keine Illusionen über sein eigenes Schicksal haben, wenn eine solche Entwicklung einsetzt. Ein bengalischer Staatsapparat ist praktisch nicht existent: eine kümmerliche Polizeimacht, eine unfertige Armee, die sich im "Ernstfall" sofort zersetzen würde, eine schwache Bürokratie und vor allen Dingen keine ausreichend starke einheimische Bourgeoisie, die einen Kampf zur Verteidigung ihres "Eigentums" führen könnte. Ein unabhängiges Ostbengalen würde deshalb sehr schnell und viel eher als in Kuba der Logik der permanenten Revolution folgen, und obwohl es keine starke revolutionäre Organisation bis jetzt gibt, würde die Macht der Awami-Liga sehr schnell zerstört sein.

Die Awami-Liga hat bewiesen, daß sie den Massen keine sinnvolle Orientierung geben kann. Anstatt die Leute vor die Gewehrläufe der Armee zu treiben, hätte sie zur Besetzung des Landes aufrufen müssen, zur Einnahme der Polizeistationen und zur Bewaffnung einer Volksmiliz aus den

KLASSENKAMPF IN WEST-BENGALEN

Interview mit dem Genossen Naren Bose

ROUGE: Was sind die Gründe, die Euch veranlaßt haben, die Landarbeiter- und Bauernliga (Palli Shranik Krishak Sangh=PSKS) zu schaffen?

Naren Bose: Die Lage in Bengalen ist seit Jahren besonders instabil. Die Arbeitslosigkeit ist enorm, der Lebensstandard sehr niedrig (die Kapitalisten weigern sich sogar zu investieren), die Anwendung von Gewalt gehört zum politischen Alltag. (1 300 Tote 1970). Die Linksregierungen haben kein einziges Problem gelöst. Man kann sich schon heute auf eine (1) schwere Krise in den nächsten Jahren gefaßt machen. Das Problem bestand also für uns darin, die SWP in die Lage zu versetzen, als tatsächliche Kraft in der kommenden Krise intervenieren zu können. Der Einfluß der Naxaliten überwiegt an den Universitäten, im städtischen Proletariat sowie in einigen ländlichen Gegenden herrscht der Einfluß stalinistischer Parteien. Uns bleibt ein Gebiet, in dem einer unserer Genossen, Jagdish Iha, Einfluß erlangt hat und in dem wir unsere Kräfte konzentriert einsetzen.

Eine fundamentale Rolle in der indischen Wirtschaft spielt die Landwirtschaft. 82% der arbeitenden Bevölkerung "lebt" vom Lande, 30% der Parzellen sind nur halb so groß wie die Fläche, die für die Ernährung einer Familie als Minimum angesehen wird. 10% der Bauern kontrollieren 50% des Bodens. Diese Tatsachen, sowie der Mangel an landwirtschaftlichen Geräten erklären, warum Indien ständig von Hungersnot bedroht ist, während der Hektarertrag des bebauten Landes enorm gesteigert werden könnte. Die falsche Politik der Kommunistischen Partei Indiens (pro Moskau) (deren "friedliche" Landbesetzungen von der Polizei mühelos verhindert wurden), der Kommunistischen Partei-Maxisten (KPM, unabhängig von Moskau und Peking, die enteignetes Land nur ihren Parteigenossen gab) und der Naxaliten (Maoisten, deren individueller Terror gegen Großgrundbesitzer die Bauern nicht mobilisieren konnte), ermöglichten uns, als die einzige Organisation zu erscheinen, die das Landproletariat wirklich verteidigt. Denn wir organisieren es auf marxistisch-revolutionärer Linie mit dem Ziel der sozialistischen Revolution.

In weniger als zwei Jahren haben wir einen politischen Durchbruch erzielt, der uns jetzt erlaubt, die Arbeit beim städtischen Proletariat in Angriff zu nehmen: wir arbeiten schon in Verbindung mit einer Gewerkschaft in Bankura, zwei linke Parteien haben uns eine Einheitsfront vorgeschlagen, die marxistische KP hat uns sogar 3 Sitze im Parlament angeboten, wenn wir mit ihnen ein Wahlbündnis eingehen. Dieses Angebot haben wir natürlich ausgeschlagen. Wir haben gute Beziehungen zu einigen Naxaliten der Gegend, die sich durch die Ereignisse gezwungen sahen, ihre antitrotzkistischen Vorurteile aufzugeben. Das ist sehr wichtig, denn wir streben danach, für die Naxaliten zu einem Anziehungspol zu werden. Sie sind im allgemeinen zwischen 13 und 19 Jahren alt, der revolutionären Sache völlig ergeben, aber durch die terroristische Linie der KPI/ML in eine Sackgasse gedrängt.

ROUGE: Wie ist die PSKI entstanden?

N. Bose: Wir haben mit einer Kampagne für die Erhöhung der Landarbeiterlöhne angefangen. Der Streik war ein voller Erfolg. Nicht nur, daß die Forderungen erfüllt wurden - sondern weil es das erste Mal war, daß Landarbeiter als solche für ihre eigenen Forderungen organisiert wurden, sind wir allgemein bekannt geworden, selbst im Nachbarstaat Bihar, wo uns allerdings die Kräfte und Mittel fehlen, um dies auszunutzen.

Wir hatten bestimmenden Einfluß auf 500 Dörfer (ein Dorf umfaßt einige hundert Personen), allerdings konnten wir sie nicht alle organisieren. Deshalb haben wir etwa 300 Dorfkomitees gegründet, in denen die Bauern unter unserer politischen Anleitung ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Dann sind wir zur nächsthöheren Stufe übergegangen: die Besetzung des fruchtbarsten Landes das sich die Großgrundbesitzer durch Betrug auf Kosten der armen Bauern angeeignet hatten oder das sie entgegen des Gesetzes, das den Besitz über 12,5ha verbietet, innehatten. Ein mehrere Dörfer repräsentierendes Komitee war damit beauftragt, das beschlagnahmte Land zu pflügen und zu besten. Diese Aktion fand in der Gegend ein großes Echo und immer mehr Land wurde beschlagnahmt. Mehr als 150 ha sind so besetzt worden.

ROUGE: Wie haben die Großgrundbesitzer und die Polizei reagiert?

N. Bose: Es gab zahlreiche Zusammenstöße mit der Polizei und den reichen Bauern, aber erst in den letzten Monaten wurde die Unterdrückung für die Bewegung gefährlich. Gegen fast 200 Militante sind Haftbefehle mit dem Ziel erlassen worden, die Bauern einzuschüchtern und sie zu ruinieren, um sie an der Fortsetzung des Kampfes zu hindern. Die Polizei ist auch gekommen, um einige abzuholen, aber die Reaktion der Dorfbewohner hat sie daran gehindert. Im Übrigen haben wir eine Miliz auf die Beine gestellt, um die Dörfer und das besetzte Land zu verteidigen.

Die reichen Bauern und die Regierung können es nicht hinnehmen, daß das beschlagnahmte Land kollektiv durch eine Art Bauernsovjat bearbeitet wird. Gewöhnlich wird das enteignete Land in Kleinbesitz aufgeteilt, und im allgemeinen verkaufen die Bauern, da sie keine Geräte besitzen, es wieder an die Großgrundbesitzer. Hier ist das nicht passiert, und das Beispiel war ansteckend. Deshalb haben sich zwei Delegationen reicher Bauern direkt an Frau Gandhi gewendet, die den Lokalstellen angeordnet hat, unsere Aktionen zu verhindern. Die nächste Polizeistation wurde mit einem Radiosender ausgestattet, und Verstärkung wurde hergeschickt.

Als Antwort haben wir eine öffentliche Versammlung abgehalten, auf der wir erklärten, daß die repressiven Gesetze und die Spezialeinheiten der Polizei die reichen Bauern nicht davor bewahren können, ihr Leben zu riskieren, wenn sie versuchen sollten, unsere Bewegung aufzuhalten. Einige Tage hatten wir Ruhe, dann fing die gewalttätigen Zusammenstöße wieder an.

ISP-VERLAG

68 Mannheim 1, Rheinhäuserstraße 26

- Isaac DEUTSCHER: "Die sozialistische Konzeption vom Menschen" DM 1.20
Leo TROTZKI: "Kopenhagener Rede über die Russische Revolution" DM 1.50
Karl KORSCH: "Kernpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung" DM 1.90
Ernest MANDEL: "Friedliche Koexistenz und Weltrevolution" DM 1.20
Ernest MANDEL: "Die Radikalisierung der Jugend" DM 2.00
Ernest MANDEL: "Über die Bürokratie" DM 1.50

Konto: S. Kreischer, PSchA Ludwigshafen, Kto-Nr. 103533

ROUGE: Was für Zusammenstöße?

N. Bose: Am ersten Tag der Ernte kam die Polizei und umzingelte die Felder, um die Bauern an der Arbeit zu hindern. Unsere Genossen haben daraufhin die umliegenden Dörfer durch Tam-Tam-Schlagen alarmiert. Bald kamen 10 000 Personen, und die Polizei mußte sich zurückziehen. Aber einmal sind sie gekommen, um einen PSKS-Führer in seinem Dorf zu verhaften. Er war natürlich nicht da, worauf sie die Wohnungen plünderten und anfangen, die Frauen und Kinder zu schlagen. Später haben sie über Radio Verstärkung angefordert, wobei sie sagten, die PSKS und die SWP würden sie angreifen. Wir sind hin zum Verhandeln, und es ist uns gelungen zu beweisen, daß das alles falsch war. Während umzingelten sie am nächsten Morgen mit 800 Mann das Dorf. Die Bauern verteidigten sich gut und zwangen sie zum Rückzug. Daraufhin schossen sie auf das Dorf und verletzten zwei Genossen.

Heute sind, abgesehen von den zwei Genossen, die im Krankenhaus liegen, 19 weitere Mitglieder der PSKS im Gefängnis. Jagdish Jha wird weiterhin von der Polizei gesucht. Das behindert unsere Politisierungsarbeit bei den Bauern erheblich, denn wir können nicht mehr frei umherreisen und Versammlungen abhalten. Und doch, im Laufe des Kampfes haben sich 40 bis 50 Kader gebildet, die den Kampf weiterführen können.

ROUGE: Was werdet Ihr jetzt machen?

N. Bose: Wir meinen, daß es in diesem Sommer zu schwersten Auseinandersetzungen kommen wird. Denn nach den Wahlen, egal ob eine bürgerliche oder eine von der KPM geführte Regierung zustande kommen wird (die KPM führt z. Z. einen Vernichtungskrieg gegen die Naxaliten), wird die Repression gegen uns noch schärfer werden. Unser Problem ist also, unseren Einfluß auf andere Distrikte auszudehnen und auf benachbarte Staaten, und zwar mit den gleichen Methoden: Streiks für höhere Löhne, Landbesetzungen, um stark genug zu sein, wenn es darauf ankommt. Selbstverständlich versuchen wir darüberhinaus, uns an den Universitäten und in den Arbeitergewerkschaften zu verstärken. Wahrscheinlich wird uns zu diesem Zweck die Einheitsfront mit der RCP (Revolutionäre Kommunistische Partei) und der RSP/ML (Revolutionäre Sozialistische Partei, Marxisten-Leninisten) sehr nützlich sein.

Um es noch einmal zu sagen, unser Ziel ist, möglichst schnell die revolutionäre Partei zu schaffen, die nötig sein wird damit die nächste Krise nicht wieder einmal mit einer Galgenfrist für die Bourgeoisie endet.

aus: ROUGE Nr. 102 vom 22. 2. 71



Genosse JAGDISH JHA zusammen mit Landarbeitern der "Liga"

Solidarität mit der bengalischen Landarbeiter- und Bauernliga

Unsere indischen Genossen führen ihren in der letzten Zeit sehr erfolgreichen Kampf in West-Bengalen unter unvorstellbar schwierigen Bedingungen. Es fehlt an allem, von Geld für den Lebensunterhalt der Kader bis zu den einfachsten technischen Einrichtungen. Wir haben nicht die Angewohnheit, unsere Leser und Sympathisanten bei jedem Anlaß mit Spendenaufrufen zu bombardieren. Aber in diesem Fall ist es nötig. Wenn wir uns einerseits klar sind über die globale Bedeutung der indischen Revolution für die weltrevolutionäre Entwicklung, wenn wir uns andererseits klar sind über die Schlüsselrolle, die die Agrarrevolution für die indische Revolution darstellt, muß uns auch klar sein, daß wir die Bewegung von dem Genossen Jagdish Jha und der PSKS mit allen Kräften unterstützen müssen. Jeder kleine Betrag bedeutet bereits eine große Hilfe: Bei den Lebensverhältnissen in Indien genügen 15 Dollar im Monat, um den Unterhalt für einen Genossen zu bezahlen und ihn damit voll für die politische Arbeit freizustellen.

Spendenkonto:

PSchA Hamburg, Konto-Nr. 28 82 74
Herwart Achterberg (Sonderkonto)

Alle Spenden werden über das Vereinigte Sekretariat der IV. Internationale direkt an die indische Sektion geleitet.

Genossen, spendet massenhaft!

Presse der IV. Internationale (Europa)

INTERCONTINENTAL PRESS

P. O. Box 116, Village Post Office Station
New York, N. Y. 10014, U.S.A.
erscheint wöchentlich
Luftpost Jahresabonnement 30 US-Dollar

quatrième internationale

95, Fbg. St-Martin, F 75 Paris 10
Theoretisches Organ der IV. Internationale
erscheint zweimonatlich
Jahresabonnemen: DM 25.-

INTERNATIONAL

182, Pentonville Road, London N 1
Organ d. International Marxist Group
erscheint zweimonatlich
Jahresabonnement 1 Pfund

Quarta Internazionale
Cas. Post. 6158 - ROM

cuarta internacional

111, Ave. Seghers, B 1080 Bruxelles (v. Ceulen)
spanisches Organ der IV. Internationale
Einzelheft DM 2.- plus Porto

fjärde internationalen

RM-press, Box 2027, S 750 02 Uppsala 2
Abo-Preis für 5 Ausgaben: SKr 15:-

rouge

Bite Postale 201, F 75 Paris 19
erscheint wöchentlich
Organ der "Ligue Communiste"
Jahres-Abo 100 F, Luftpost 130 F

RED MOLE

182, Pentonville Road, LONDON N 1
erscheint vierzehntägig

BANDIERA ROSSA

Casa Postale 6158 - Roma, Italien
erscheint monatlich
Jahresabonnement L. 1000

la gauche

44, rue Nothomb, B 1040 Bruxelles
erscheint wöchentlich
Jahresabonnement 480 BFr, Luftpost 890 BFr

la brèche

case postale, CH 1000 Lausanne 20 Sévelin
Organ der Ligue Marxiste Révolutionnaire
erscheint vierzehntägig
Jahresabonnement fr. 20.-

REVOLTE

A 1103 Wien, Postfach 124
Organ der Kommunistischen Liga, ö.S.d.v.l.
Einzelpreis 5.-Schilling

Das Tschechoslowakische Proletariat wird siegen – die Bürokratie wird unterliegen!

aus dem Beitrag der Berliner Gruppe der GIM auf der Protestkundgebung am 27.2. vor der Militärmission der CSSR:

"In einem entscheidenden Punkt weisen die tschechoslowakischen Genossen einen Ausweg aus den durch die stalinistische Praxis der letzten zwanzig Jahre verursachten Deformationen: Sie betonen, daß die Überwindung der Bürokratisierung und der Sturz der auf Kosten der Arbeiterklasse etablierten privilegierten bürokratischen Schicht allein durch die revolutionäre Mobilisierung und Organisation der Arbeiterklasse, das heißt allein durch einen revolutionären Prozeß geleistet werden kann. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das Proletariat die Kontrolle über die Produktion übernimmt, zentrale politische Organe dieser Kontrolle selbst schafft und mit Hilfe bewaffneter Arbeitermilizen und unter Führung einer revolutionären Partei die politische Kontrolle im Staat realisiert und sichert.

Genossen, unsere Solidarität muß denen gelten, die in den deformierten Arbeiterstaaten von sozialistischen Positionen aus für die Mobilisierung der Arbeiterklasse und gegen die systematische Entpolitisierung des werktätigen Volkes kämpfen.

Mit ihrer Forderung nach sozialistischer Demokratie und durch ihre Bereitschaft, für dieses Ziel praktisch einzutreten, erreichten die tschechoslowakischen Genossen unter den Bedingungen des deformierten Sozialismus einen höchst möglichen Stand revolutionären Bewußtseins.

Weil wir es nicht hinnehmen, daß in einem Arbeiterstaat Kommunisten ins Gefängnis gesteckt werden, fordern wir:

Freispruch für Petr Uhl und seine Genossen! Freispruch für die Genossin Sybille Plogstedt!

ALLE MACHT IM STAAT DEM TSCHECOSLOWAKISCHEN PROLETARIAT!

Urteilsspruch im Prager „Trotzkistenprozeß“

Übersetzt aus "Le Monde" vom 22.3.71

Der Hauptangeklagte wird zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt

Der Prozeß gegen die jungen Leute, die der Mitgliedschaft zu einer illegalen Geheimorganisation angeklagt worden waren, ist am Freitagabend nach elf Verhandlungstagen zu Ende gegangen.

Der Hauptangeklagte, Petr Uhl, wurde zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, seine ehemalige Verlobte, Matylda Brozovska, wurde freigesprochen. Die anderen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von einem bis zu zweieinhalb Jahren (zwei von ihnen mit Bewährung).

Die nach Petr Uhl am schwersten bestraften sind die Westdeutsche Sybille Plogstedt und Jaroslav Basta (je zwei einhalb Jahre Gefängnis, Ausweisung der jungen Deutschen aus der Tschechoslowakei).

Dann kommen Jan Frolík, Petruska Sustrawa, Iwan Dejmál (der die Aussage verweigert hatte) und Jaroslav Suk (jeder zwei Jahre Gefängnis), Pavel Lukacovic und Pavel Sremer (zwanzig Monate Gefängnis), Radan Base (achtzehn Monate), Vavrinec Korcís und Karel Cambula (fünfzehn Monate), Tomas Sigmund (der Selbstkritik geleistet hatte) und Jan Dostal (vierzehn Monate). Cambula und Dostal waren Ende Januar freigelassen worden, nachdem sie 12 bzw. 11 Monate Gefängnis hinter sich hatten. Sie werden nach Bestätigung des Urteils für drei Monate zurück ins Gefängnis gehen müssen. Zwei Angeklagte, Egon Cierný und Filip Serrano bekamen Gefängnisstrafen mit Bewährung. Der Fall zweier weiterer Angeklagter wurde getrennt behandelt.

Die Plädoyers

Die Anwälte haben während ihrer Plädoyers auf vier Hauptpunkte insistiert: Die Jugend der Angeklagten, die Länge der bereits abgelaufenen Haft, das Nichtvorhandensein einer "feindlichen Einstellung gegenüber dem sozialistischen Regime" (im Gegensatz zu dem, was die Anklageakte behauptete) und der Verdacht der Provokation, den das Verhalten des Hauptbelastungszeugen, Josef Cechal, der die Gruppe denunziert hatte, hervorgerufen hatte.

Sie forderten für ihre Klienten die Freilassung oder eine Verurteilung nicht nach dem Artikel 98 (Subversion), sondern nach dem Artikel 102 (Beleidigung der Führer der Republik) des tschechoslowakischen Strafgesetzbuches; das Strafmaß nach letzterem Artikel ist geringer.

Der Staatsanwalt seinerseits hatte sein Plädoyer mit einem heftigen Angriff auf die westliche Presse begonnen, die, wie er sagte, diesen Prozess dazu benutzen würde, eine "große anti-tschechoslowakische Kampagne" in Szene zu setzen.

Fast alle Angeklagten haben in einer Stellungnahme am Ende des Verfahrens erklärt, daß sie bei ihren Aktivitäten sich nur durch die Interessen des Sozialismus leiten ließen. Matylda Brozovska hat den Grund für ihre Anwesenheit auf der Anklagebank auf ...die Wohnungsnot in Prag geschoben, die sie dazu gezwungen hätte, weiterhin in der Wohnung ihres ehemaligen Verlobten Petr Uhl zu wohnen.

Ein Zwischenfall hat den Abschluß des Prozesses charakterisiert: Die Polizei ließ tatsächlich die Gerichtsgänge räumen, in denen sich Journalisten und Freunde der Angeklagten versammelt hatten, um den Urteilsspruch abzuwarten, nachdem die Identität aller Anwesenden überprüft worden war. Einer der Studenten, der zu lächeln anfangte, als ein Polizist in Zivil von einem "öffentlichen Prozeß" sprach, wurde sofort von einem Polizeiposten mitgenommen. Ein anderer Polizist in Zivil zog aus der Tasche eines Korrespondenten der japanischen Agentur Kyodo, M. Nobuyuki Sate, einen Notizblock und riß die Seiten heraus.

Der Prozeß gegen die jungen Tschechoslowaken war "öffentlich". In der Tat, er ist in der Anwesenheit einiger "Auserwählter" und einiger Eltern der Angeklagten abgelaufen. Nachdem die Angeklagten Einwände gegen die Anklageschrift erhoben hatten, wiesen sie die Anschuldigung der Subversion zurück.

Man warf ihnen vor, eine Gruppe organisiert zu haben, die das Regime stürzen wolle. Sie haben gezeigt, daß sie nur eine Sorge hatten: Die Zukunft des Sozialismus. Es stimmt, daß sie vom Sozialismus eine andere Auffassung haben als die Führung der "offiziellen" Kommunistischen Partei.

Andererseits fragt man sich, was der Staatsanwalt der westlichen Presse vorwirft: Es tut uns leid, die Verantwortlichkeit dafür fällt weniger denjenigen zu, die über den Prozeß berichtet haben, als der Macht, die ihn organisiert hat. Es ist bedauerlich, daß die in Prag akkreditierten Journalisten nicht den Verhören folgen konnten. Wenn sie ihrem Beruf hätten nachgehen können, hätten sie zuhören können, und die Argumente des Staatsanwaltes wiedergeben können.